



Bekanntmachung.

Seit dem 1. Dezbr. v. J. wird die Brieg-Kreuzburger Personenpost zwischen Brieg und Namslau auf dem Wege über Fürsten-Elgut befördert, woselbst eine Post-Expedition und Station eingerichtet, und zwischen dort und Bernstadt eine tägliche Kariolpost in Gang gesetzt worden ist, welche mit der erst gedachten Post im genauen Zusammenhange steht, und auf diese Weise eine direkte Verbindung zwischen Brieg und Bernstadt herstellt.

Breslau, den 5. Januar 1844.

Königliches Ober-Post-Amte.

Uebersicht.

Inland. Die Landtags-Abschiede werden nun der Deffentlichkeit übergeben; die Abschiede für die Provinzen Pommern, Westphalen und Preußen sind bereits zu unserer Kenntniß gelangt. Von dem Landtags-Abschiede für die zum Sten Provinzial-Landtage versammelt gewesenen Stände Pommerns und Rügens sind die Bescheide über folgende Punkte von allgemeinerem Interesse. In Bezug auf das Strafgesetzbuch sollen die Erklärungen der Stände bei der Schlußberatung eine gründliche und umfassende Erwägung finden. Für die Regulirung des Oderbettes zwischen Breslau und Stettin sei bis jetzt (wie eine besondere Denkschrift des Hrn. Finanzministers zeigt) viel geschehen, und auch in Zukunft solle die Regulirung der Oder gefördert werden, jedoch nur nach Maßgabe der auf die vielen Wasserwege des Staates in gerechtem Maße zu vertheilenden disponiblen Mittel. Der Antrag auf Beschränkung des erforderlichen 10-jährigen Grundbesitzes für die Abgeordneten der Städte auf zwei jährigen Grundbesitz, solle, da über dies von den Landtagen anderer Provinzen ähnliche Vitten eingegangen wären, geprüft werden, obgleich Se. Majestät es im Allgemeinen nicht für rathsam finde, Veränderungen in der ständischen Verfassung vorzunehmen. Eine besondere Bescheidung der Stände, wenn Sonderung in Theile stattgefunden habe, sei unstatthaft, namentlich da in vorliegendem Falle ein allgemeiner Bescheid die Sache erledigt habe. Der Landtags-Abschied für die Provinz Westphalen bestimmt unter andern Folgendes: der Petition auf Aufhebung des Wechselstempels könne nach gründlicher Erörterung keine weitere Folge gegeben werden, da die überwiegende Mehrzahl der kaufmännischen Korporationen sich gegen diese Maßregel ausgesprochen. In Bezug auf die Aufhebung der die metallischen Bergwerke treffenden Abgaben sei nur gestattet worden, daß die in dem Herzogthum Westphalen unter dem Namen des Wochen-Eisens noch bestehende Hütten-Vertriebs-Abgabe nicht weiter erhoben werde. Der Petition um Verbesserung der Lage der Spinner und Weber durch Erhöhung des Eingangszolles auf fremdes Leinwand und fremde Leinwand und durch Einführung von Differenzialzöllen auf Kolonialwaren ständen (wie eine besondere Denkschrift ausführlich darthut) die gewichtigsten Bedenken entgegen. Die Regierung könne nur die Absätze nach den auswärtigen Staaten erhalten und neue eröffnen, übrigens müßten die Fabrikanten durch Lieferung vorzüglicher Waare den Absatz zu vermehren suchen. Bei Anschaffung von Leinwand für öffentliche Bedürfnisse werde man die Fabrikate jener Provinz, insofern sie sich durch Preis und Qualität auszeichnen, berücksichtigen. Die Petition für Erweiterung der Wahl-Befugnisse des Standes der Landgemeinden sei in keiner Hinsicht zur Genehmigung für geeignet befunden worden. (Auf den Landtags-Abschied für die Provinz Preußen kommen wir in der nächsten Uebersicht zurück.)

Ein Allerhöchstes Patent hat den ältesten Orden des brandenburgischen Hauses, den Schwanen-Orden erneuert. Derselbe wurde durch Kurfürst Friedrich II.

im Jahre 1443 gestiftet, in den Statuten desselben lag das Prinzip: „Bekentniß der christlichen Wahrheit durch die That.“ Zweck des erneuerten Schwanenordens soll also sein: Darlegung des christlichen Sinnes durch Milderung physischer und moralischer Leiden. Zunächst wird in Berlin ein evangelisches Mutterhaus für die Krankenpflege in großen Spitälern errichtet werden; J. J. Majestäten der König und die Königin haben das Großmeisterthum des Ordens und somit die oberste Leitung übernommen; in die Gesellschaft des Ordens können Männer und Frauen ohne Unterschied des Standes und des Bekenntnisses eintreten und eben so wieder ausscheiden, wenn sie die übernommenen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen können oder wollen; die für die Zwecke des Ordens unmittelbar arbeitenden Mitglieder, nämlich die Pfleger und Pflegerinnen der Leidenden, der reuigen Gefallenen, der Bestraften u., so wie die Geistlichen, welchen etwa die unmittelbare Leitung von Stiftungen der Gesellschaft und die Seelsorge in denselben anvertraut wird, tragen kein Ordenszeichen; die Aemter und Würden des Ordens bezeichnen nur den Wirkungskreis der damit betheiligten Personen. — Die katholischen Professoren Dr. Achterfeld und Dr. Braun zu Bonn erklären öffentlich, daß sie mit Seiner Heiligkeit dem Papste in Fehde leben. Sie wurden nämlich als Anhänger von Hermes von Seiten des päpstlichen Stuhles aufgefordert, zu erklären: Hermes sei ein schlechter Mensch gewesen und habe die in dem päpstlichen Breve bezeichneten Irrthümer wirklich gelehrt. Sie erklärten dagegen, daß sie sich dem päpstlichen Verbot der hermetischen Schriften gehorsam fügen und in dieser Beziehung alles thun wollten, was die kirchlichen Vorschriften und Befehle forderten. Allein diese Erklärung wurde, als unvollständig, nicht angenommen; es wurde durchaus verlangt, sie sollten eingestehen, daß Hermes ein solcher Mensch sei, wie ihn das Breve charakterisire, und daß die von dem Breve bezeichneten Irrthümer in den hermetischen Schriften enthalten seien; als Ueberredungsgrund wurde endlich noch angeführt, daß auch ihre Freunde und Lehrgenossen sich völlig unterwerfen und die von dem Kardinal Lambruschini aufgestellte Formel unterzeichnet hätten. Achterfeld und Braun gaben in soweit nach, daß auch sie jene Formel unterschreiben wollten, wenn nur in derselben nicht das Bekenntniß verlangt würde, daß Hermes ein schlechter Mensch gewesen sei und die ihm vom Breve zugeschriebenen Lehren vorgetragen habe. Auch dieses Zugeständniß nahm man nicht an, man wollte, sie sollten gegen ihre Ueberzeugung sprechen. Dies thaten nun aber jene Männer nicht, und erklären nun öffentlich, daß jeder, der ihre Ueberzeugung theile und dennoch unterschreibe, ein falsches Zeugniß ablege. Dieses letztere scheint auf eine frühere Erklärung der Professoren Dr. Vogelgang und Dr. Hilgers, so wie des Domkapitulars Dr. Weig, Dr. Gau und Dr. Reber anzuspiesen, welche besagt, daß man von ihnen weder das Bekenntniß, daß Hermes ein schlechter Mensch gewesen, noch eine solche Unterwerfung, welche ihre Gewissensruhe und Aufrichtigkeit gefährde, verlangt habe. — Die Gesellschenschaft publizirt eine Verordnung, wonach das Spielen an der Spielbank zu Köthen mit bedeutender Strafe belegt ist. — Zu München ist bereits die Veröffentlichung der Stadtverordnetenbeschlüsse erfolgt.

Deutschland. Der Fürst von Dettingen-Wallerstein ist von seiner Mission nach London und Paris am 25. Dezbr. wieder in München eingetroffen. In Bezug auf die griechischen Angelegenheiten, welche bekanntlich den Hauptgegenstand der Sendung des bayerischen Fürsten ausmachen, sagt ein englisches Blatt aus: daß der russische Kaiser seine Einwilligung in alle Vorschläge, welche von dem Fürsten Dettingen-Wallerstein während seiner Mission in London in Antrag gebracht

worden sind, eingesandt habe. — In Ellwangen (Schwaben) fand am 22. Dezember die erste öffentliche mündliche Schlußverhandlung in einer Untersuchungssache wegen Diebstahl statt. — Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hat bei seiner bevorstehenden längeren Abwesenheit die Leitung den beiden Ministern v. Lügow und v. Levesow übertragen.

Frankreich. Am 27. Dezbr. fand zu Paris die Eröffnung der Kammern statt. Die Thronrede, welche der König der Franzosen Louis Philipp im kräftigsten Gesundheitszustande hielt, wurde nicht allein mit Beifall aufgenommen, sondern ist diesmal auch in der That inhaltsreicher als sonst. Sie enthält zunächst das für die Deputirtenkammer gewiß erwünschte Versprechen, daß der allgemein wachsende Wohlstand Frankreichs es möglich machen werde, in den diesmal vorzuliegenden Finanzgesetzen zwischen den Ausgaben und Einnahmen des Staates das Gleichgewicht wieder herzustellen. Die fernere Versicherung, daß der Frieden niemals gesicherter war als jetzt, dürfte wohl allen Menschenfreunden erwünscht sein. Die zunächst folgende Erwähnung der Ereignisse in Spanien, wobei gesagt wird, daß die Königin Isabella II. der Gegenstand der größten Sorgfalt und des freundschaftlichsten Interesses des Königs sei, wird vielleicht von Manchem als eine Hindeutung auf eine etwaige Intervention in Spanien ausgelegt und deshalb Veranlassung zu eifrigen und interessanten Debatten werden. In Bezug auf Griechenland spricht die Thronrede nur die Hoffnung aus, daß der Ausgang der dortigen Ereignisse ein günstiger sein und daß sich dort, so wie in Spanien, die Monarchie durch die wechselseitige Achtung der Rechte des Thrones und der öffentlichen Freiheiten befestigen werde. Die Stelle, welche von der aufrichtigen Freundschaft zwischen dem Könige der Franzosen und der Königin von England handelt, wurde mit lautem Jubel aufgenommen; beides weist deutlich darauf hin, daß man von Seiten der Regierung und des Volkes immer mehr zu der Ueberzeugung gelangt, es sei namentlich wegen der orientalischen Angelegenheiten ein enges Anschließen der beiden Mächte aneinander nothwendig. Die Paragraphen über die Anknüpfung von Unterhandlungen wegen Handels-Verträgen, ferner über die Heirath des Prinzen von Joinville und über Algier sind weniger von allgemeinem Interesse, nur in Bezug auf letzteres wünschen wir, daß die königliche Versicherung: die Herrschaft in Algier werde bald allgemein und ruhig sein, zur Wirklichkeit werden möge. Von mehr Bedeutung sind die Paragraphen über die Maßregeln zur Ausführung des allgemeinen Eisenbahn-Systems und für verschiedene Unternehmungen von nationalem Nutzen; am wichtigsten aber, namentlich bei der jetzigen Stellung der Universität zur Kirche, der Paragraph über den Sekundär-Unterricht. Der hierauf bezügliche Gesetzesentwurf soll dem Wunsche der Charte für die Unterrichts-Freiheit genügen, indem er das Ansehen und die Giltigkeit des Staates in Betreff der öffentlichen Erziehung beibehält. Da hierdurch angedeutet wird, daß die Kirche für ihre in neuester Zeit gemachten Forderungen auf bedeutende Zugeständnisse nicht rechnen darf, so läßt sich erwarten, daß hierüber nicht allein in sondern auch außer den Kammern Kampf und Streit entstehen wird. — Herr Sauzet ist zum Präsidenten der Deputirten-Kammer gewählt und der Prinz von Joinville als neuer Pair in die Pairskammer eingeführt worden. Durch die mit großer Majorität erfolgte Wahl Sauzets und der 4 Unterpräsidenten (es sind dieselben, welche in der vorigen Sitzung diese Aemter bekleideten) hat die konservative Partei einen bedeutenden Sieg davon getragen. — Die Reise des Herzogs von Bordeaux nach London, verbunden mit der Demonstration der Legitimisten, ist ebenförmig in der Thronrede erwähnt worden als die Dotation des Herzogs

von Nemours, und das Kabinet, den erfahrenen König an der Spitze, hat wohl daran gethan, die Gegner nicht offen herauszufordern, zumal es scheint, als sollte diese londoner Reise nicht spurlos und ruhig vorüber gehen. Die Absetzung einiger legitimistischen Beamten, die sich bei dieser Gelegenheit compromittirten, ist weniger von Bedeutung als vielmehr bedenkliche Zeichen des Aufstrebens und der Widerseßlichkeit im Morbihan (einem der Schauplätze der ehemaligen Vendee-Kriege) so wie die Existenz eines legitimistischen Komplotts in Paris, welches diese Umtriebe in größter Ordnung leitet. Die legitimistischen Journale „Quotidienne, France, Gazette u. Patrie“ sind mit Beschlagnahme belegt worden. — Die spanische Deputation, welche die Königin Christine zur Rückkehr nach Madrid bewegen sollte, ist, ohne den Zweck erreicht zu haben, wieder von Paris abgereist. — Frankreich hat die Vermittelung in Bezug auf die zwischen Tunis und Sardinien ausgebrochenen Zwistigkeiten angenommen. — Algerien ist in 3 Abtheilungen, deren Hauptstädte Algier, Oran und Konstantine sind, und in 11 Unterdistrikte eingetheilt worden.

Spanien. Nachdem am 17. Dezbr. die Botschaft an die Königin Isabella II., welche Ihrer Majestät die Ergebnisse des Kongresses darlegen soll, mit bedeutender Majorität votirt worden, gelangte dieselbe am 20ten durch eine Deputation des Kongresses, an deren Spitze M. de la Rosa stand, an die Herrscherin. — Zum Glück für die Erhaltung der königlichen Würde sind die ferneren Debatten und Untersuchungen über das traurige Ereigniß vom 28. November durch die Flucht Dózaga's (wie man sagt nach Portugal) verhindert worden. — Das „Eco del Comercio“ hatte einige sehr heftige Artikel gegen die Königin Christine veröffentlicht. Der Infant Don Franzisko, den man hierbei betheiligelt glaubte, suchte sich durch eine Erklärung von diesem Verdachte zu reinigen. Am 20. Dezember aber drangen 30 Offiziere in das Lokal jenes Journals, zertrümmerten alles und mißhandelten einige Personen. Die Sache kam in dem Kongreß sehr lebhaft zur Sprache, doch wollten die Minister darauf nicht eingehen, bevor nicht die gerichtlich eingeleitete Untersuchung beendet sei. Ebenso äußerte der Minister des Innern, daß er von der Flucht Dózaga's keine Kenntniß habe.

Niederlande. Am 28. Dezbr. wurde der zweiten Kammer der Generalstaaten eine königliche Botschaft vorgelegt in Begleitung eines Gesetzentwurfs zur Feststellung einer außergewöhnlichen Steuer auf die Besitzungen und eines damit in Verbindung stehenden freiwilligen Anlehens.

Asien. Die Angelegenheiten mit China sind nun alle soweit geordnet, daß der Handelsverkehr sofort eröffnet werden kann. — In Afghanistan soll Dost Mohamed zu Kabul auf Befehl des Chans von Bokhara erschossen worden sein.

Amerika. Die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten Herrn Tyler, mit welcher am 4. Dezember der Kongreß eröffnet worden ist, enthält zwei wichtige Punkte. Der eine betrifft das Oregon-Gebiet, welches bis zur Beendigung der darüber mit England geführten Verhandlungen mit militärischen Posten besetzt werden soll, angeblich zum Schutz der amerikanischen Bürger. Die englischen ministeriellen Blätter erklären, daß wenn diese Maßregel ausgeführt werde, dies Veranlassung zu einem Kriege geben könne. Der andere Punkt ist für Deutschland äußerst wichtig, er weist darauf hin, daß es wünschenswerth sei, mit dem deutschen Zollvereine einen Handelsvertrag abzuschließen. Die Bedeutsamkeit des deutschen Zollvereins, so wie die Betriebsamkeit, Moralität und andere gute Eigenschaften der deutschen Nation seien überall und stets anerkannt, außerdem seien von jenem großartigen Verbande Zugeständnisse gemacht worden, wie noch von keinem andern Staate, und dies alles sei Grund genug, auch das letzte Hinderniß zu entfernen, welches bisher dem freiesten Verkehr zwischen dem Zollverbande und den Vereinigten Staaten entgegengestanden habe. — Was werden die Engländer hierzu sagen?

Landtags - Angelegenheiten.

Der Landtags - Abschied für die Provinz Preußen bietet in den Allerhöchsten Bescheiden auf die gutachtlichen Erklärungen über die vorgelegten Propositionen keine Momente dar, welche nicht schon aus den Landtags - Abschieden für die Provinzen Pommern und Westphalen bekannt wären. Nur in Betreff des Provinzialrechts für Westpreußen spricht sich der Allerhöchste Bescheid bestimmter dahin aus: „Die Bitte Unserer getreuen Stände, mit Anfertigung des Provinzial-Gesetzbuches für Westpreußen sofort vorzuschreiten, haben Wir gewährt, und wird der bereits in den legislativen Stadien berathene Gesetz-Entwurf baldigst zur Publikation gelangen.“

Auf die ständischen Petitionen enthält der Landtags - Abschied unter anderen folgende Allerhöchste Bescheide:

(Befestigungs - Anlagen.) In der von Uns wohlgefällig aufgenommenen Dank - Adresse für die An-

ordnung neuer Befestigungs-Anlagen in den rechts der Weichsel gelegenen Landestheilen ist des Umstandes Erwähnung geschehen, daß ein großer Theil der wehrfähigen Mannschaft keine militärische Ausbildung erlangt. Derselbe ist Unserer Aufmerksamkeit nicht entgangen. Wir erkennen gern den patriotischen Sinn Unserer getreuen Stände, welcher auf die Verstärkung der kriegerischen Wehrhaftigkeit des Landes gerichtet ist.

(Ersatz des bei Cautionen und Depositorien durch ungetreue Verwaltung entstehenden Schadens.) Unsere getreuen Stände haben Uns vorgetragen, daß mehrfach Fälle vorgekommen sind, in denen Privatleute, welche nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ihr Eigenthum der Affirmation oder dem Depositum angestellter Staatsbeamten haben übergeben müssen, vornehmlich bei Cautionen und bei der Vermögens - Verwaltung von Minorennen und Konkursmassen, durch Veruntreuung oder Fahrlässigkeit solcher Beamten Verluste erlitten haben, und hieran den Antrag geknüpft, daß in dergleichen Fällen den Privatleuten unmittelbar durch die Staatskassen Gewähr geleistet werden, dem Staat dagegen der Regreß an die schuldigen Beamten überlassen bleiben möge. — Wir geben jedoch Unseren getreuen Ständen zu erkennen, daß für die nach § 4 Unserer Ordre vom 11. Februar 1832 zu unmittelbaren Staats - Kassen eingezahlten Cautionen und andere Gelder die Staatskasse ohnehin schon Gewähr leistet, alle übrige Cautionen aber im Interesse der Einzelnen und nicht der Gesamtheit des Staats geleistet werden. Die Verwaltung der gerichtlichen Depositorien wird von der Verwaltung des Staats - Vermögens völlig getrennt gehalten und steht mit der Gerichts - Einrichtung und dem gerichtlichen Verfahren in einer solchen Verbindung, daß die dabei vorkommende Vertretungs - Verbindlichkeit sowohl bei Unserem, als bei Privatgerichten außer dem Zusammenhange mit jenen Zweigen der Legislation nicht beurtheilt werden kann.

(Befreiung der Städte von den Früchten und Lasten der Gerichtsbarkeit.) Dem Antrage Unserer getreuen Stände wegen Befreiung der Städte von allen Lasten der Gerichtsbarkeit, zu willfahren und dadurch den bestehenden Rechtszustand abzuändern, liegt kein zureichender Grund vor. Wir haben bereits mit dem 15. April Unseren Justiz - Minister ermächtigt, mit denjenigen Städten, welche es wünschen, unter Zustimmung des Finanz - Ministers besondere Abkommen zu schließen, wodurch dieselben gegen die Uebnahme bestimmter, nach mehrjährigen Durchschnitt zu berechnender Beiträge von der subsidiarischen Verhaftung für die Lasten der Kriminal - Gerichtsbarkeit befreit werden sollen und zugleich angeordnet, daß bei Unseren Gerichten keinerlei Kosten für Urtheile, Gutachten und Bestätigungs - Reskripte den zur Tragung der baaren Auslagen in Untersuchungssachen subsidiarisch verpflichteten Gerichts - Obrigkeiten und Komunen in Ansatz zu bringen sind. Auf diese wesentlichen Erleichterungen müssen Wir Uns beschränken, da der gegenwärtige Zustand seit 30 Jahren besteht und nicht behauptet werden kann, daß die Städte durch die ihnen in Folge der veränderten Organisation ihrer Verhältnisse entzogene Ausübung der Gerichtsbarkeit irgend einen pekuniären Nachtheil erlitten haben. — Was jedoch die Kosten der Strafvollstreckung in den Zuchthäusern betrifft, so wollen Wir die Provinz Preußen nicht mehr belastet wissen, als Unsere übrigen Provinzen, welche sich in Beziehung auf die Kriminal - Rechtspflege in derselben Lage befinden. Wir haben daher befohlen, daß nicht nur die Stadt - Gemeinden, sondern auch die Privat - Gerichtsherrn von der Tragung dieser Kosten entbunden werden.

(Trinkschulden nicht einlagbar.) Die erneuerte Petition wegen Beschränkung des übermäßigen Branntweingenußes haben Wir mit besonderem Wohlgefallen vernommen. Auf den Antrag derselben „Trinkschulden für nicht einlagbar zu erklären“ sind Wir eingezogen geneigt, soweit dies mit dem bestehenden Rechte irgend vereinbar ist.

(Aufhebung des erimierten Gerichtsstandes.) Der Antrag, den erimierten Gerichtsstand aufzuheben, berührt einen Gegenstand, welcher nicht nur im Allgemeinen, sondern auch im besondern Interesse der Gerichts - Verfassung einer sorgfältigen Erwägung bedarf.

(Verzugszinsen des Fiskus.) Die von den getreuen Ständen mehrerer Provinzen vorgetragene Bitte die durch das Gesetz vom 7. Juli 1833 festgestellten Vorrechte des Fiskus bei Zahlung von Zögerungs - Zinsen aufzuheben, — sind Wir unter Beschränkungen zu erfüllen geneigt, welche geeignet sein werden, die Staats - Kassen bei außerordentlichen Ereignissen vor übermäßigen Ansprüchen zu schützen. — Unser Staats - Ministerium hat den Befehl erhalten, einen dahin gerichteten Gesetz - Entwurf auszuarbeiten und zu Unserer Vollziehung vorzulegen.

(Revision des Allgemeinen Landrechts und in Betreff der Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege.) In Betreff der Revision des Allgemeinen Landrechts haben Wir für dieselbe bereits Unserem Minister der Gesetz - Revision in

einer unter dem 28ten Februar 1842 erlassenen Ordre die Anweisung ertheilt, daß es vorzugsweise darauf ankommt, aus dem Allgem. Landrecht die durch neuere Gesetze u. aufgehobenen Bestimmungen auszufordern, an die Stelle der unpraktisch gewordenen oder in Praxis nicht bewährt gefundenen Bestimmungen andere in Vorschlag zu bringen, und die neuere Gesetzgebung mit dem Landrechte zusammenzustellen, um auf diesem Wege eine Uebersicht des bestehenden Rechtszustandes zu gewinnen.

— Durch diese Anweisung erhält der die Revision des Allgemeinen Landrechts betreffende Antrag Unserer getreuen Stände seine Erledigung. — In derselben Ordre haben Wir Unseren Minister der Gesetz - Revision ferner dahin angewiesen, als das nächste und dringendste ihm obliegende Geschäft die Revision der Civil- und Kriminal-Prozeß-Ordnungen zu behandeln. — Bei den hierüber bereits eingeleiteten Berathungen werden auch die Fragen über die Verhandlung der Civil- und Kriminal-Prozesse vor den erkennenden Richter-Kollegien, so wie die Zulassung der nicht bei dem Prozesse betheiligten Personen zu solchen Verhandlungen in nähere Erwägung kommen und dadurch die Anträge Unserer getreuen Stände wegen des Prozeß-Verfahrens ihre Erledigung erhalten.

(Beseitigung der mit der Patrimonial-Gerichtsbarkeit verbundenen Nachtheile.) Den Anträgen Unserer getreuen Stände in Beziehung auf die Patrimonial-Gerichtsbarkeit sind Wir in soweit zu entsprechen geneigt, als in Prozessen der Guts herrschaft gegen die Gerichts - Eingeseßenen der beklagte Theil, auch ohne Verhorrescenz - Gründe, auf die Entscheidung des zunächst vorgeseßten Gerichts zu provozieren die Befugniß haben soll. Unseren Justiz - Minister haben wir beauftragt, hierüber eine Verordnung vorzubereiten. — In wiefern die Uebertragung der widerrechtlichen Verwaltung von Patrimonialgerichten an Unsere Gerichte zu gestatten, wollen Wir bei Berathung derjenigen Vorschläge in Erwägung ziehen, welche Wir bereits über eine zweckmäßige Einrichtung und Verwaltung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit von Unserem Justiz - Minister erfordert haben.

(Errichtung einer hohen Volksschule.) Die Errichtung einer neuen Art von Schulen, welche den Gymnasien gleichstehend, einem Theil der studirenden Jugend, namentlich denen, welche sich dem höheren Staatsdienste oder der Arznei - Wissenschaft widmen wollen, die durch das Studium der klassischen Sprachen und die genauere Kenntniß des Alterthums und seiner Literatur zu erhebende Bildung entziehen würde, können Wir nicht für zweckmäßig erachten.

(Herabsetzung des Briefporto's.) Modifikationen des Porto - Regulativs vom 18ten Dezember 1824, durch welche die Anträge Unserer getreuen Stände nach Möglichkeit berücksichtigt werden, sind in der Berathung begriffen. — Behufs möglicher Erleichterung des Postverkehrs mit dem Auslande sind die erforderlichen Unterhandlungen mit den betreffenden fremden Post - Verwaltungen bereits im Gange.

(Steuer - Erlaß durch Ermäßigung der Salzpreise.) Aus der Dank - Adresse Unserer getreuen Stände wegen Ermäßigung der Salzpreise haben Wir zu Unserer Genugthuung entnommen, daß die dadurch vorzugsweise der ärmeren Volksklasse zugewandte Wohlthat als solche anerkannt wird, und werden Wir die bei dieser Veranlassung ausgesprochenen Wünsche wegen weiterer Ermäßigung dieser Preise gern in Erwägung nehmen, wenn künftig der Zustand des Staatshaushalts eine weitere Verminderung der Steuern gestatten möchte.

(Errichtung eines Handels - Ministeriums.) Unsere getreuen Stände dürfen vertrauen, daß die Förderung des Handels und der Gewerbe fortwährend einen Gegenstand Unserer besonderen Fürsorge und der Verhandlungen mit den zum Zoll - Verein verbundenen deutschen Regierungen bildet. Wenn dabei nicht alle Wünsche der Betheiligten in Erfüllung gehen, so darf nicht übersehen werden, daß dies in den vielfachen Collisionen der Interessen seinen Grund hat und solche aus einem höheren als dem provinziellen Standpunkte gewürdigt werden müssen. — Was die Art und Weise betrifft, wie Wir Uns in fortwährender Kenntniß der wahren Bedürfnisse des Handels und der Industrie erhalten und die darauf bezüglichen Geschäfte führen lassen wollen, so muß dies, wie Wir Unseren getreuen Ständen, unter Verweisung auf den Landtags - Abschied vom 7. November 1841, eröffnen, Unserer Entschließung vorbehalten bleiben.

(Erweiterung der Befugniß der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte zur Einführung der Klassensteuer.) Auf den die Mahl- und Schlachtsteuer betreffenden Antrag eröffnen Wir Unseren getreuen Ständen, mit Hinweisung auf die Bestimmung zu § 33 im Landtags - Abschiede vom 17. März 1828, daß es keinesweges in Unserer Absicht liegt, den Anträgen einzelner Städte auf Einführung der Klassensteuer statt der Mahl- und Schlachtsteuer lediglich aus dem Grunde entgegenzutreten, weil in den betheiligten Städten schon vor dem Erlaß des allgemeinen Abgaben - Gesetzes vom 30. Mai 1820 eine indirekte Besteuerung der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gegenstände

bestand und dieselben daher nach Vorschrift dieses Gesetzes zu einem solchen Antrage nicht ausdrücklich befugt waren. — Vielmehr werden Wir, wie es seither geschehen, auch ferner dergleichen Anträge genau prüfen lassen und in die Veränderung der Besteuerungs-Art willigen, wenn sich solche als den wohlwollenden Wünschen und Interessen der Betheiligten entsprechend darstellt und ohne erhebliche Einbuße für die Staatskasse durchgeführt werden kann. — Uebrigens ist in dem Bescheid Unserer Ministerien des Innern und der Finanzen vom 14. März 1837 an die Stadtverordneten zu Elbing die frühere Existenz einer Mahlsteuer daselbst zwar angeführt, die Zurückweisung des Antrages der Stadtverordneten auf Einführung der Klassensteuer aber nicht sowohl hierauf, als vorzugsweise auf den Umstand gegründet, daß solche im Interesse der Steuer-Verwaltung und der Stadt völlig unstatthaft erschien.

(Bekanntmachung der festzustellenden Richtung der Eisenbahn durch die Provinz Preußen.) Dem Wunsche Unserer getreuen Stände, daß die Richtung der intendirten Eisenbahn durch die Provinz Preußen und ihr Uebergangspunkt über die Weichsel baldmöglichst bekannt gemacht werden, — wollen Wir in soweit entsprechen, als es ohne Beeinträchtigung der Gründlichkeit der einer solchen Entscheidung nothwendig zu unterlegenden, sehr umfangreichen Vorarbeiten geschehen kann. — Es sind diese Vorarbeiten auf Staats-Kosten angeordnet und schon so weit vorgerückt, daß der Zeitpunkt der Entscheidung, wenngleich noch nicht mit Zuverlässigkeit bestimmt, doch mit Wahrscheinlichkeit als nicht zu weit aussehend bezeichnet werden darf. Uebrigens haben Wir gern ersehen, daß Unsere getreuen Stände, die Wichtigkeit einer Eisenbahn-Verbindung der dortigen Provinz mit den übrigen Theilen der Monarchie gehörig würdigend, eine thätige Beihülfe der besonders betheiligten Kreise und einzelnen Grundbesitzer in Aussicht stellen, indem ohne solche das Unternehmen in den noch wenig verkehrreichen Gegenden erheblichen Schwierigkeiten unterliegen dürfte.

(Förderung des Eintritts junger preussischer Seelente in den Marinendienst fremder Nationen.) Der Antrag auf Förderung des Eintritts junger preussischer Seelente in den Marinendienst fremder Nationen durch Bewilligung von Unterstützungen, um aus ihnen die Stelle eines Navigations-Direktors vorkommenden Falls besetzen zu können, unterliegt erheblichen Schwierigkeiten. Dagegen haben Wir, in Anerkennung des von Unseren getreuen Ständen verfolgten guten Zwecks, die Anordnung getroffen, daß künftighin den jungen Seelenten durch jährlich anzustellende umfassende Uebungsreisen Gelegenheit gegeben werde, sich auch praktisch für eine höhere Befähigung im Seewesen auszubilden.

(Befreiung des in die preussischen Seehäfen eingehenden Eisens vom Eingangs-Zolle.) Der Antrag: für alles in die preussischen Seehäfen eingehende fremde Eisen, ohne Unterschied der Gattung, die Zollfreiheit zu bewilligen, ist zur Berücksichtigung nicht geeignet, da eine so weit greifende Ausnahme der allgemein bestehenden Eingangs-Abgabe von einem so wichtigen Handels-Artikel nicht zulässig sein würde, ohne neue Zollschranken innerhalb des Vereinsgebietes zu errichten, während von einer allgemeinen Aufhebung der auf fremdem Eisen demalst ruhenden Eingangs-Zölle um so weniger die Rede sein kann, als es im Gegentheil Gegenstand der sorgfältigsten Erwägung und Berathung unter den Zollvereins-Staaten ist: ob und in welchem Maße eine Erhöhung jener Zölle zur nothwendigen Erhaltung der Eisen-Industrie im Zoll-Verein eintreten müssen.

(Ablösung der Jagdberechtigung nach dem Gesetze vom 16. März 1811.) Dem Antrage: die Verordnung vom 29. März 1829, welche das Gesetz vom 16. März 1811 in Betreff der Ablösung der fiskalischen Jagdberechtigung beschränkt, wieder aufzuheben und die der Ablösung zum Grunde zu legende Rente nach festen Normen zu berechnen, — kann nicht genügt werden, weil Wir nicht gemeint sind, unsere Jagden anders zu behandeln, als die Privat-Jagden.

(Verhältnisse der Presse und Censur.) Dem Antrage Unserer getreuen Stände auf Pressfreiheit kann schon um deswillen nicht stattgegeben werden, weil demselben die bundesgesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen und eine von der Unserer übrigen Provinzen abweichende Pressgesetzgebung für die nicht zum deutschen Bunde gehörenden Theile Unserer Monarchie unzulässig ist. Ebenso wenig ist Grund vorhanden, diese Gesetzgebung, den Anträgen Unserer getreuen Stände gemäß, einer Umgestaltung zu unterwerfen, nachdem dieselbe erst in neuester Zeit mittelst Unserer über diesen Gegenstand erlassenen Verordnungen nach festen Prinzipien geregelt ist. Es sind darin nicht nur viele wesentliche, durch die Bundesbeschlüsse nicht gebotene Beschränkungen aufgehoben, sondern auch mehrere bis dahin in der Anwendung zweifelhafte Bestimmungen auf feste Normen zurückgeführt. — Durch die Einföhrung des Ober-Censurgerichts ist eine gleichmäßige Sicherheit vor Zügellosigkeit der Presse sowohl als vor willkürlicher Beschränkung derselben gewährt. — Keine gute und edle Richtung in dem Gebiete der Literatur ist durch diese

Gesetze in der ihr gebührenden Freiheit beschränkt. — Wenn aber freche und boshafte, oder auf Untergrabung der göttlichen oder menschlichen Gesetze gerichtete Tendenzen sich durch diese Verordnungen in Unserem Lande beengt und belästigt fühlen, so entspricht dies vollkommen Unserer Absicht. — Hieraus ergibt sich, weshalb der Antrag Unserer getreuen Stände, vorläufig diejenigen noch bestehenden Beschränkungen der Presse aufzuheben, welche nicht durch Bundesbeschlüsse geboten worden, zur Genehmigung ungeeignet ist. — Wenn Unsere getreuen Stände ferner darauf antragen, daß die Censur nur gebildeten, und durch eine äußerlich gesicherte Stellung unabhängigen Männern anvertraut werden möge, so haben Wir bereits im § 4 Unserer Verordnung vom 23. Febr. d. J. für die zu Censoren zu ernennenden Personen wissenschaftliche Bildung und erprobte Rechtlichkeit als Erforderniß erklärt, und ist bei der Auswahl der nach jener Verordnung bestellten Censoren hierauf auch überall die gebührende Rücksicht genommen worden. Dies genügt, wie die Erfahrung lehrt, zur geselligen und gerechten Ausübung des Censurgeschäfts. Der Antrag: die Untersuchung und Entscheidung der Beschwerden über die Censoren den hierzu bestimmten Beamten zu entziehen, zeugt von einer unrichtigen Auffassung dieses Gegenstandes, und ist zur Genehmigung durchaus nicht geeignet. Die von Unseren getreuen Ständen befürwortete Einrichtung einer kollegialischen Aufsichts-Behörde in jeder Provinz kann ferner deshalb nicht für zweckmäßig erachtet werden, weil dadurch die Ungleichheit in den Grundsätzen über die Auslegung und Anwendung der Censurgesetze vermehrt werden würde, wie solche durch die Einrichtung des Ober-Censurgerichts hat vermieden werden sollen. Wenn endlich Unsere getreuen Stände bemerken, daß die Befreiung der Bücher von mehr als zwanzig Bogen von der Censur nicht befriedige, so lange dergleichen Werke 24 Stunden vor der Ausgabe der Polizeibehörde vorgelegt werden müßten und die Maßnahmen nicht bekannt seien, nach welchen diese Behörde hierbei zu verfahren habe, so eröffnen wir denselben, daß der Polizei durch jene Frist das Mittel gewährt bleiben muß, gemeingefährliche oder verbrecherische Schriften, ehe das Uebel oder das Verbrechen vollbracht ist, vorbeugend einzuschreiten, die Maßnahmen aber, nach welchen dabei zu verfahren ist, in den §§ 6 und 7 Unserer Verordnung vom 30. Juni d. J. genau festgestellt und durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden sind.

(Entwicklung des Instituts der vereinigten ständischen Ausschüsse.) Wegen der auf eine weitere Entwicklung der ständischen Institutionen gerichteten Anträge geben Wir Unseren getreuen Ständen Folgendes zu erkennen. — Die Akte Unserer Regierung sind redende Zeugen, wie Wir von deren Anbeginn auf die Vervollkommnung der ständischen Einrichtungen bedacht gewesen. — Wenn Uns aber hierbei stets die ernsteste Erwägung Unserer königlichen Pflichten und der wahren Wohlfahrt Unseres geliebten Volks geleitet und Uns das Einverständnis Unserer getreuen Stände gesichert hat, so werden auch ferner keinerlei Bestrebungen Uns bewegen, den ruhigen und besonnenen Gang Unserer Regierung zu überreilen oder eine andere Richtung einzuschlagen, als diejenige, welche Wir nach reiflicher Prüfung als allein gedeihlich für die preussische Monarchie erkannt und bereits in dem Abschiede an den Huldigungs-Landtag ausgesprochen haben. — Was die einzelnen Anträge Unserer getreuen Stände betrifft, so gehen dieselben in der Denkschrift vom 27. März d. J. von der Meinung aus, daß das Bedürfniß nach allgemeinen Landständen lebhaft empfunden werde, und stützen darauf den Antrag, daß den vereinigten Ausschüssen in Beziehung auf die allgemeine Gesetzgebung diejenigen Befugnisse übertragen werden möchten, welche nach dem Gesetz vom 5. Juni 1823 den Provinzialständen verliehen sind, daß demgemäß die Geschäfts-Ordnung und das formelle Verfahren bei den vereinigten Ausschüssen verändert und eine regelmäßige Wiederkehr derselben bestimmt werde. — Diese Anträge zu gewähren, können Wir Uns nicht bewegen finden. — Unseres in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät haben in dem Gesetz wegen Anordnung der Provinzial-Stände vom 5. Juni 1823 die Bestimmung darüber, wann eine Zusammenberufung der allgemeinen Landstände erforderlich sein werde, und wie sie dann aus den Provinzial-Ständen hervorgehen sollen, der landesherrlichen Fürsorge vorbehalten. — Als daher durch Gottes Rathschluß die Bestimmung hierüber Unserer Fürsorge übertragen wurde, haben Wir es zu Unsern ersten Pflichten gezählt, die vorhandenen ständischen Institutionen der ernstesten Erwägung zu unterziehen und Uns Rechenschaft darüber zu geben, welcher weiteren Entwicklung sie fähig und bedürftig seien. Wir haben hierauf Unsern zum Huldigungs-Landtag versammelten getreuen Ständen des Königreichs Preußen durch Unsern Bescheid vom 9. Septbr. 1840 kundgethan, daß Wir als die Grundlage der gesammten ständischen Verfassung Unseres Reichs die Provinzial-Stände, wie sie von Unserem Herrn Vaters Majestät gegründet worden, betrachten, und daß Wir deren Entwicklung auf dem

von Unserem Herrn Vaters Majestät während Seiner glorreichen Regierung befolgten und durch die Erfahrung bewährten Wege zu fördern entschlossen seien. Die hierauf von Uns im Einverständnis mit Unseren getreuen Ständen im Jahre 1841 getroffenen Anordnungen waren demgemäß auf die Belebung und Vervollkommnung der Provinzial-Stände gerichtet, und diese Anordnungen sind auch von wichtigen Erfolgen begleitet gewesen, die Unsere getreuen Stände gewiß nicht verkennen werden. Den eingeschlagenen Weg wieder zu verlassen, und in alle Verhältnisse der Verfassung, wie in die Interessen der Provinzen tief eingreifend, den ganzen Organismus des ständischen Wesens zu verändern, dazu ist weder ein Bedürfniß zu erkennen, noch weniger von einem solchen Wechsel in den Grundlagen des Staatslebens Heil zu erwarten. — Daß der Rath Unserer getreuen Stände mit voller Berücksichtigung der Eigenthümlichkeiten der durch Geschichte und Verfassung verschiedenen Landestheile an Uns gelange, und, wo es der Ausgleichung dieser Verschiedenheit bedarf, eine solche herbeigeführt werde, das ist durch die bestehende Einrichtung der Provinzialstände, in Verbindung mit den Ausschüssen, im vollsten Maße gesichert. — Es fehlt hierbei Unseren Provinzen in keiner Beziehung an geselligen Organen, um ihre Wünsche zu Unserer Kenntniß zu bringen. Unter der bewährten und ungestörten Mitwirkung dieser ständischen Organe in ihrer gegenwärtigen Verfassung werden Wir im Stande sein, den innigsten Wunsch Unseres landesväterlichen Herzens zu erfüllen und die ganze Thätigkeit Unserer Regierung darauf zu richten, um für die geistige und materielle Wohlfahrt Unseres geliebten Volks zu schaffen und zu wirken. — Auf dem wichtigen und weiten Felde der Rechtspflege, zur Förderung der Landeskultur, des Handels, der Gewerbe, der Wissenschaften und Künste wollen Wir unter Gottes Schutz und Segen in der Zeit der Ruhe und des Friedens die Kräfte Unserer Regierung verwenden, ohne sie durch die nicht gebotene Lösung von Schwierigkeiten zu zersplittern, welche von einer wesentlichen organischen Veränderung der Verfassung unzertrennlich sein würden. In der Ausführung dieses Unseres wohlwollenden Entschlusses werden Wir Uns nicht hemmen lassen, noch es dulden, daß abweichend von dem fest vorgezeichneten Gange Unserer Regierung eine falsche Richtung erstrebt werde, vielmehr etwaige Versuche der Art jederzeit mit Nachdruck zurückweisen. — Die Anträge Unserer getreuen Stände auf eine der veränderten Bestimmung der vereinigten Ausschüsse entsprechende Veränderung ihrer Geschäfts-Ordnung finden in der vorstehenden Eröffnung ihre Erledigung. Es schließt dies aber nicht aus, daß die innere Geschäftsordnung dieser Versammlungen, auch bei unveränderter Bestimmung und Organisation derselben, nach den gemachten Erfahrungen mehr und mehr dem Zwecke entsprechend eingerichtet werde. Was endlich die regelmäßige Wiederkehr der Versammlung der vereinigten Ausschüsse betrifft, so können Wir eine solche Unseren getreuen Ständen nicht zusichern, da sie von dem Vorhandensein solcher Gegenstände abhängig ist, welche nach Unserem Dekret vom 23. Februar 1841 und den Verordnungen vom 21. Juni 1842 zur Berathung der vereinigten Ausschüsse geeignet sind.

(Deffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen.) Die Veränderung der städtischen Verfassung, welche aus der Deffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen hervorgehen würde, können Wir nicht genehmigen.

(Präklusiv-Frist für die Anmeldung von Entschädigungs-Ansprüchen bei Meliorationen durch Entwässerung.) Die Bitte Unserer getreuen Stände um Erlassung eines Gesetzes, nach welchem Entschädigungs-Ansprüche, die aus Anlagen zum Ablauf von Gewässern oder zum Schutz gegen Gewässer hergeleitet werden, binnen drei Jahren nach Vollendung derselben, bei Vermeidung der Präklusion, geltend gemacht werden müssen: — soll bei den bereits eingeleiteten Berathungen über eine derartige Ergänzung des die Verschaffung der Vorfluth betreffenden Gesetzes vom 15. Nov. 1841 zur Erörterung kommen.

(Regulirung des Sundzolles.) Die Unterhandlungen zur Beseitigung der Beschwerden über die Höhe und die Erhebungsweise des Sundzolles werden fortgesetzt, und steht das Ergebnis derselben zu erwarten.

(Erlaß einer Landgemeinde-Ordnung.) Wenn Unsere getreuen Stände den Erlaß einer Landgemeinde-Ordnung beantragen, so eröffnen Wir denselben in Hinsicht dieses seit Jahren vielwollenen Gegenstandes, daß Wir gern geneigt sind, den durch veränderte Zustände in dem ländlichen Gemeinwesen veranlaßten Mängeln nach Bedürfniß durch besondere legislative Festsetzungen Abhülfe zu verschaffen. Unser Ober-Präsident wird angewiesen werden, diejenigen Gegenstände speziell zu verfolgen und vorzubereiten, welche einer besonderen Erledigung durch legislative Festsetzungen vorzugsweise bedürftig sind. Dagegen können wir für die östlichen Provinzen Unserer Monarchie, welche das Glück gehabt haben, daß die Grundlagen ihrer ländlichen Kommunal-Verfassung nicht, wie dies in der Rheinprovinz und Westphalen geschehen, durch eine revolutionäre Gesetzgebung aufgelöst worden, das Be-

bedürfnis eines, die Kommunal-Verhältnisse der Landgemeinden in ihrem ganzen Umfange umfassenden Gesetzes nicht anerkennen, und haben von dessen Erlaß um so mehr Anstand zu nehmen beschloffen, als durch dasselbe, wenn die Gemeinde-Verhältnisse des platten Landes darin nach allgemeinen und gleichmäßigen Grundsätzen geordnet werden sollten, unfehlbar mannigfache Verhältnisse, welche in den einzelnen Landestheilen verschieden, aber im Rechte und in der Verfassung wohlbegründet sind, ohne Bedürfnis verletzt und erschüttert werden würden. — Auch die allgemeine Kodifizierung der zur Zeit bestehenden, auf die ländlichen Kommunal-Verhältnisse sich beziehenden Bestimmungen ist bedenklich. Sie stört die naturgemäße Entwicklung des ländlichen Gemeindegewesens und tritt der Wirksamkeit des eigenen praktischen Sinnes der beteiligten Gemeinden hemmend entgegen, der in der Regel eine den örtlichen Bedürfnissen entsprechende, durch allgemeine Gesetze in diesem Grade nie zu erreichende Ausgleichung der Zustände herbeizuführen im Stande sein wird. — Diese aus reiflicher Erwägung aller Verhältnisse hervorgegangenen Gesichtspunkte müssen bei der Gesetzgebung für diesen Gegenstand leitend sein. Ihre Aufgabe beschränkt sich daher auf die Entscheidung solcher Fragen, welche auf dem bezeichneten Wege ihre Erledigung nicht finden können. In diesem Geiste ist das Armen- und Correctionswesen durch besondere Gesetze bereits geordnet; der Einfluß, den die Dismembration ländlicher Grundbesitzungen auf die Verhältnisse der Gemeinden äußert, ist unserer Aufmerksamkeit nicht entgangen; dieser wichtige Gegenstand ist, wie unseren getreuen Ständen bekannt, bereits der legislativen Berathung überwiesen. — Was endlich den mit dem Erlaß einer Landgemeinde-Ordnung in Verbindung gebrachten Antrag betrifft, die ländlichen Polizeigesetze revidiren und zusammenstellen zu lassen, so machen Wir unseren getreuen Ständen bemerklich, daß polizeiliche Vorschriften, welche in dem ganzen Umfange der Monarchie für das platte Land Anwendung finden sollen, nothwendig nur ganz allgemeiner Natur sein könnten, und eine amtliche Zusammenstellung derselben wenigstens keine für den Geschäftsbetrieb ausreichende und erschöpfende Anweisung erhalten würde, wie solche für den Zweck erforderlich wäre, der dem Antrage unserer getreuen Stände zum Grunde liegt. Spezielle polizeiliche Vorschriften aber sind durch Zeit und Ort bedingt, von den besonderen Rechtsverhältnissen in den einzelnen Provinzen abhängig und nach dem wechselnden Bedürfnis veränderlich. — Eine Zusammenstellung aller für eine einzelne Provinz bestehenden polizeilichen Verordnungen würde sich deshalb mehr für ein Privat-Unternehmen, als zu einer legislativen Behandlung eignen. — Es wird indeß dieser letztere Gegenstand noch einer weiteren Prüfung unterworfen und, so weit ein Bedürfnis anzuerkennen ist, für die Abhülfe Sorge getragen werden.

(Beschränkung des Kleinhandels mit Branntwein.) Die legislativen Vorarbeiten wegen Ausdehnung der beschränkenden Bestimmungen der die Gast- und Schankwirtschaften und den Kleinhandel mit Getränken betreffenden Ordre vom 7. Febr. 1835 sind nunmehr so weit gediehen, daß dem Erlaß einer hierauf bezüglichen allgemeinen Verordnung baldigst entgegengeesehen werden darf.

Denkschrift,

den Antrag des westphälischen Provinzial-Landtags auf Verbesserung der Lage der Spinner und Weber betreffend.

Die Leinen-Spinnerei und Weberei — eines der ältesten und bedeutendsten Gewerbe Deutschlands — befindet sich seit längerer Zeit unverkennbar in einem gedrückten Zustand. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen nicht fern.

Zunächst mußten die unermesslichen Fortschritte, welche die Fabrikation der Baumwollen-Gewebe seit dem Anfange dieses Jahrhunderts gemacht hat, und die dadurch herbeigeführte Preis-Verminderung derselben, auf den Gebrauch der Leinwand, deren feinere Sorten dadurch zu einem Luxus-Artikel geworden sind, sehr beschränkend einwirken. — Dazu kam das sich immer mehr ausbreitende Prohibitiv-System der meisten auswärtigen Staaten, welche die deutsche Leinwand mit hohen Zöllen belasteten und dadurch deren Einfuhr erschwert, oder gar auf offenem Wege unmöglich machten; besonders nachtheilig wirkten auch die traurigen Verhältnisse Spaniens ein, indem gerade dieses Land mit seinen Kolonien seit Jahrhunderten ein Haupt-Abnehmer für unsere deutsche Leinwand gewesen, jetzt aber dafür größtentheils verloren ist.

Als ein höchst wichtiges und bedenkliches Ereignis muß endlich die Vervollkommnung der Flachs-Spinn-Maschinen betrachtet werden. — Was für Baumwolle und Wolle längst gelungen war — die Verfertigung guter und wohlfeiler Gespinnte durch mechanische Vorrichtungen — unterlag bei dem Flachs viel erheblicheren Schwierigkeiten. — Die darauf gerichteten Versuche blieben lange ohne erheblichen Erfolg und ihre Produkte wirkten nur unmerklich auf den Absatz der Leinen-Handgespinnte. — Endlich aber gelang es der Beharrlichkeit der englischen Mechanik diese Schwierig-

keiten zu überwinden, und es erschien nicht nur auf den deutschen Märkten das englische Maschinengespinnt als ein gefährlicher Konkurrent unseres Hand-Gespinnstes, sondern es wurde auch aus jenem, namentlich in Irland, eine Leinwand fabricirt, welche sich durch ihr äußeres Ansehen und die Wohlfeilheit der Preise einen ausgedehnten Markt verschaffte, wenn sie gleich an innerer Güte der alten deutschen Leinwand bedeutend nachsteht.

Das rechte Mittel, dieser Beeinträchtigung unseres deutschen Leinenhandels entgegen zu wirken, würde darin bestanden haben, auch die einheimische Fabrikation möglichst zu vervollkommen und sie dem Bedürfnis bestens anzupassen; wozu freilich auch die Einführung der mechanischen Spinnereien für diejenigen Gattungen des Garns gehört, bei welchen sie sich als vorzüglich bewährt hat. — Leider begriffen unsere Fabrikanten die Nothwendigkeit dieses Weges nicht überall und nicht rechtzeitig; viele beharrten in der gewohnten Weise, die Leinwand so aufzukaufen, wie sie von den Webern eben geliefert war, ohne sich um die Verbesserung ihrer Qualität zu bekümmern, und suchten sich den gewohnten Gewinn, so lange wie möglich, durch Herabdrückung der Einkaufspreise zu erhalten; als dies nicht mehr möglich war, zogen sich manche ganz aus dem Geschäft zurück und erschwerten somit den Webern den Absatz ihrer Waare noch mehr. Hier und da wurde leider auch zu schlimmeren Mitteln gegriffen, indem man zur Erzielung wohlfeileren Preises mehr oder weniger Baumwollen-Garn in die Leinwand mischte, die Zahl der Kettenfäden verminderte, an Breite und Länge der Stücke abbaute und die eigentlich tüchtigen Eigenschaften durch eine glänzende, durch Chlor auf Kosten der Haltbarkeit erzielte Bleiche zu ersetzen sich bemühte. Durch solche Mittel mußte aber der Ruf der deutschen Leinwand geschwächt und ihr Absatz beschränkt werden, während die irische immer mehr Terrain gewann.

Dennoch ist der Zustand unserer Leinen-Industrie noch keineswegs so hoffnungslos, als er häufig dargestellt wird.

Es sind aus dem Zollverein ausgeführt in runden Zahlen:

Leinwand aller Art. Darunter gebl. u. gefärbte.	
Im Jahre 1836	188,000 Etr. . . . 109,000 Etr.
„ 1837	124,000 „ . . . 60,000 „
„ 1838	149,000 „ . . . 85,000 „
„ 1839	152,000 „ . . . 93,000 „
„ 1840	151,000 „ . . . 93,000 „
„ 1841	130,000 „ . . . 82,000 „
„ 1842	108,000 „ . . . 59,000 „

Dagegen sind eingeführt (mit Ausschluß der nach den diesseitigen Bleichereien frei eingehenden rohen Leinwand) in runden Zahlen:

Leinwand aller Art. Darunter gebl. u. gefärbte.	
Im Jahre 1836	24,000 Etr. . . . 980 Etr.
„ 1837	14,000 „ . . . 1090 „
„ 1838	16,000 „ . . . 1050 „
„ 1839	20,000 „ . . . 1200 „
„ 1840	24,000 „ . . . 1300 „
„ 1841	21,000 „ . . . 1090 „
„ 1842	18,000 „ . . . 1060 „

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß unsere Ausfuhr an Leinwand sich bis zum Jahre 1840 ziemlich gehalten hat, dann aber plötzlich bedeutend gesunken ist, wobei indeß namentlich wegen des Jahres 1842 bemerkt werden muß, daß ein Theil des Ausfalles der allgemeinen Ungunst der Handels-Konjunktur dieses Jahres beizumessen ist, welche auf alle deutschen Ausfuhrn drückend eingewirkt hat, während das laufende Jahr, wenigstens in Beziehung auf die westphälische Leinwand, nach den vorliegenden Nachrichten schon wieder ein etwas günstigeres Resultat herausstellen dürfte. England führte im Jahre 1841 für 3,347,000 Pfd. St., im Jahre 1842 nur für 2,360,000 Pfd. St. an Leinwand aus, und litt daher durch die schlechte Konjunktur des letztgenannten Jahres verhältnismäßig noch mehr als Deutschland.

Die Einfuhr der Leinwand ist dagegen feststehend geblieben; auch gehört sie nicht dem Großhandel an, indem sie sich fast ganz aus einer Menge kleiner, auf der langen Grenze des Zoll-Vereins zerstreuter, durch örtliche Konjunktur herbeigeführter Positionen bildet.

An leinenem Garn wurden ausgeführt:

Darunter rohes, wie es von überhaupt: den Handspinnern in Westphalen gefertigt wird.	
Im Jahre 1836	31,000 Etr. . . . 26,000 Etr.
„ 1837	41,000 „ . . . 28,000 „
„ 1838	33,000 „ . . . 30,000 „
„ 1839	36,000 „ . . . 33,000 „
„ 1840	31,000 „ . . . 29,000 „
„ 1841	29,000 „ . . . 27,000 „
„ 1842	27,000 „ . . . 26,000 „

Dagegen wurden an leinenem Garn eingeführt:

überhaupt: Darunter rohes ungebl.	
Im Jahre 1836	55,000 Etr. . . . 45,000 Etr.
„ 1837	40,000 „ . . . 35,000 „
„ 1838	42,000 „ . . . 36,000 „
„ 1839	48,000 „ . . . 41,000 „
„ 1840	47,000 „ . . . 40,000 „

Im Jahr 1841 44,000 „ 38,000 Etr.

„ 1842 47,000 „ 42,000 „

Unter dem eingeführten rohen Garn sind die seit dem Jahre 1838 aus dem Königreich Hannover kraft besonderer Verträge zollfrei eingeführten Quantitäten begriffen, welche betragen haben:

pro 1838	24,000 Etr.
„ 1839	27,000 „
„ 1840	21,000 „
„ 1841	19,000 „
„ 1842	17,000 „

und nur aus Handgespinnt bestehen, dessen die inländische Leinwand-Fabrikation bedarf. Auch aus anderen deutschen Ländern wurden dergleichen rohe Garn eingeführt, so daß an englischem Maschinengespinnt bis zum Schlusse des vorigen Jahres nur noch ziemlich unbedeutende Quantitäten eingegangen sein können.

Ueberhaupt zeigen die vorstehenden Zahlen, daß die Garn-Aus- und Einfuhren bis dahin keinen so erheblichen Schwankungen unterlegen haben, um daraus die Noth der Handspinner erklären zu können, und muß diese vielmehr zum größten Theil der durch die wohlfeilen baumwollenen Waaren verminderten inländischen Consumtion an Leinwand und der nicht unbedeutenden Vermehrung der inländischen mechanischen Spinnereien zugeschrieben werden.

Fragt man nun nach den Mitteln, wie der deutschen Leinen-Industrie abzuhelfen sei, so zeigt sich zunächst, daß eine Erhöhung des Einfuhrzolls auf Leinwand kein geeignetes Mittel sein kann. — Der auswärtige Markt könnte dadurch nur verringert werden, und die Konkurrenz der fremden Waare im Inlande ist noch so unbedeutend, daß wir für solche eines erhöhten Schutzes nicht bedürfen. Auch dürfen wir der einheimischen Industrie wohl vertrauen, daß sie — im Besitze aller dazu geeigneten Mittel und geschützt durch den nicht unbedeutenden Zoll von 11 Rthl. pro Etr. — diese Konkurrenz ferner siegreich bestehen wird. — Wäre dies nicht der Fall, dann freilich würde der ausländische Absatz für immer verloren sein, und soweit ist es, wie vorstehende Zahlen beweisen, doch glücklicher Weise noch lange nicht gekommen.

Das fremde Maschinen-Gespinnst würde dagegen allerdings durch einen höheren Zoll von den vereinsländischen Märkten entfernt werden können; aber eine solche Maßregel käme nur den inländischen Spinnereien, nicht den Handspinnern zu Gute, und sie würde auf den auswärtigen Absatz der Leinwand, — indem sie das dazu nöthige Material theuererte, — mehr oder weniger nachtheilig wirken, besonders aber auch die Fabrikation gemischter, faconnirter leinener Waaren, die in manchen Gegenden des Zoll-Vereins blüht, drücken. Eine solche Zoll-Veränderung könnte überdies nach den Zollvereins-Verträgen nicht sogleich vor dem 1. Januar 1845 eintreten, und werden, wenn jene Zeit herannahet, alle Verhältnisse auf das sorgfältigste geprüft werden, um, in Uebereinstimmung mit den Vereins-Regierungen, diejenigen Beschlüsse zu fassen, welche für die Gesamtheit am vortheilhaftesten erscheinen.

Was im Wege der Unterhandlungen mit auswärtigen Staaten für die Erhaltung und Ausbreitung des deutschen Leinenhandels geschehen kann, wird, darauf dürfen die Beteiligten vertrauen, nicht veräußert, das Gouvernement darf aber, bei seiner Verpflichtung für alle Zweige des National-Einkommens auf gleiche Weise zu sorgen, keine Mittel wählen, welche anderweitigen überwiegenden Nachtheil herbeiführen könnten, und lassen sich daher die hierauf bezüglichen Maßregeln nicht aus dem Standpunkte Einer Provinz des großen Zollvereins, oder Einer Branche der weit verbrüderten Industrie desselben mit Sicherheit beurtheilen.

Dagegen werden unsere Fabrikanten nichts veräußern, was zu dem allerseits erstrebten Ziele führen kann, und dürfen sie dabei auf die Unterstützung des Staates zählen.

Es ist dahin zu rechnen:

- 1) Verbesserung des Flachsbaues und seiner Vorbereitung zum Gespinnt. — Zwar nimmt Westphalen in dieser Beziehung schon eine ziemlich hohe Stufe ein; es steht aber doch Belgien noch merklich nach und wird bemüht sein müssen, sich auch in dieser Beziehung noch zu vervollkommen. Andere Provinzen der Monarchie bedürfen dieser Vervollkommnung in noch höherem Grade, und werden von Seiten des Landes-Ökonomie-Kollegiums dieserhalb besondere Maßregeln vorbereitet.
- 2) Verbesserung des Hand-Gespinnstes, besonders derjenigen Sorten, welche durch die Spinnmaschinen nicht in gleicher Güte geliefert werden können, und deren Verfertigung daher bis dahin noch einen ziemlich großen Verdienst gegeben haben. Die in Westphalen errichteten Spinnschulen haben in dieser Beziehung bereits vortheilhaft eingewirkt: das Gouvernement wird die Kosten derselben auch ferner und so lange gern gewähren, als sich das Interesse dafür erhält.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu No 5 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 6. Januar 1844.

(Fortsetzung.)

- 3) Verbesserung der mechanischen Spinnereien für diejenigen Sorten des Gespinnstes, welche erfahrungsmäßig nicht in gleicher Güte oder zu gleichem Preise mit der Hand verfertigt werden können. — Schlesien ist in dieser Beziehung mit einem guten Beispiel vorangegangen, und wird bald im Stande sein, einen großen Theil der Vereinslande mit dem nöthigen Garne dieser Art zu versorgen.
- 4) Sorgfältige, besonders ehrliche Weberei, mit Vermeidung jeder Einmischung von Baumwolle, der Verminderung der Fadenzahl in der Kette, der Verarbeitung schlechteren Einschlagens in der Mitte des Stückes als auf dem Umschlag u. s. w.; kurz, Lieferung gleichmäßiger, tüchtiger Waare nach richtigem Maß.
- 5) Untadelhafte Bleiche. Wo die Natur günstig ist, wird eine sorgfältige Grasbleiche den Vorzug behalten; wo dazu die Gelegenheit fehlt, oder die Handelskonjunktur die Anwendung der chemischen Bleiche erfordern, da muß solche nur von sachverständigen Bleichern und mit großer Sorgfalt angewendet werden, weil gerade die bei der Bleiche begangenen Verfehen dem Ruf der deutschen Leinwand am meisten geschadet und ihren Absatz beschränkt haben.

Berlin, den 27. Dezember 1843.

von Bodelschwingh.

Breslau, 5. Januar.

Die Gesessammlung enthält die Königliche, von den Ministern Müller und v. Bodelschwingh contrasignirte Konzeptions- und Bestätigungs-Urkunde für die Niederschlesisch-Märkische Eisenbahngesellschaft, das bestätigte Statut in 72 Paragraphen und den Staatsvertrag zwischen Preußen und Sachsen, die Herstellung einer Eisenbahn-Verbindung zwischen Breslau und Dresden betreffend, vom 24. Juli 1843. Wir haben die Grundzüge sämtlicher Dokumente unsern Lesern bereits vorgelegt, die wesentlichsten Bestimmungen des Statuts schon in unsern Berichten über die General-Versammlung vom 3., 4. und 5. August 1843, welche namentlich die Personalien ganz genau enthielten, ingleichen die Hauptpunkte des Staatsvertrages in unserm Artikel über die Sächsisch-Schlesische Eisenbahn. Was die letztere betrifft, so sind unsere geäußerten Bedenken und Zweifel keinesweges durch die Thatsache, daß sich die Spekulation auf das Unternehmen begierig gestürzt und es mit blinder Leidenschaft an das Herz geschlossen hat, erschüttert worden. Jetzt, wo die Dokumente nicht mehr bruchstückweise, sondern unter öffentlicher Autorität in einem Complexus vorliegen, haben wir zu unsern früheren Nachrichten nur noch einige Nachträge zu liefern.

Den in der General-Versammlung vom 3., 4. und 5. August 1843 gefaßten Beschlüssen ist die Königliche Bestätigung bei allen Punkten zu Theil und nur zum § 68, wonach:

die Direktoren jährlich, außer der Erstattung ihrer Auslagen, eine Remuneration von 500 bis 1000 Thlr. erhalten (die Festsetzung erfolgt für ein jedes Jahr im Anfange desselben durch den Verwaltungsrath),

die Maßgabe beigefügt worden:

daß es zur näheren Festsetzung dieser Remuneration der Zustimmung des Finanzministers bedürfen soll.

Unzweifelhaft ist hier das Prinzip der zu gewährenden Remuneration anerkannt und nur die Bestätigung der respektiven, vom Verwaltungsrath bestimmten Portionen dem Herrn Finanzminister vorbehalten. Da die Direktion im Falle der Vereinigung der Berlin-Frankfurter mit der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn aus acht Mitgliedern bestehen wird (einschließlich des vom Staate zu ernennenden Mitgliedes, der unmaßgeblich nach dem Wortlaut des § 68 seine Salairung ebenfalls aus der Gesellschaftskasse empfängt), so ist dieser neu creirte Ausgabe-Titel, sollten auch nur 2 Direktoren das Maximum, 2 den mittleren Satz von 700 Thlr., und die übrigen das Minimum empfangen, nicht unerheblich. Bei der Oberschlesischen Bahn ist unlängst die Proposition, die Direktoren zu salairiren, gemacht, aber im Schooße der Direktion selbst abgelehnt worden, ein Beweis von Uneigennützigkeit und Aufopferung, welcher die Ehre der Aufzeichnung wohl verdient, nachdem die Regierung anerkannt hat, daß eine Gesellschaft die Anstrengungen und Mühewaltungen der fungirenden Direktoren nicht ohne Entschädigung in Anspruch zu nehmen berechtigt ist. — Bekanntlich ist in der General-Versammlung die Legitimation der erschienenen Actionaire, somit die Rechtsgültigkeit der von denselben vorgenommenen Akte bekräftigt worden. Die Königliche Bestätigungs-Urkunde berücksichtigt die erhobenen Einsprüche insofern, als sie den widersprechenden Theilnehmern vorbehält, innerhalb 4 Wochen nach Publikation der Urkunde gegen Rückempfang der geleisteten Anzahlungen aus der Gesellschaft auszuscheiden, während die ursprünglichen Aktienzeichner sonst für den vollen Nominalwerth ihrer Aktien verhaftet sind. Vor dieser Bestimmung der *suprema lex* des Staates erliegt sich jede juristische Abwägung für und gegen die Rechtsbeständigkeit jener Einsprüche.

Noch jetzt sind für die Linie der Bahn nur die Punkte Breslau, Liegnitz und Frankfurt bestimmt, für die Richtung von Liegnitz aus dagegen keine Feststellung, auch nur andeutungsweise, getroffen. Das Königl. Finanzministerium hat, nach § 1 des Statuts, allein die Bahnlinie zu bestimmen, während es nach § 3 zur Feststellung der Bedingungen, unter welchen event. die Vereinigung mit der Berlin-Frankfurter Bahn bewerkstelligt werden soll, wenigstens mit den Gesellschaftsvorständen concurrirt. Es scheint uns, als habe die General-Versammlung bei diesem Punkte ein wichtiges Recht zu schnell aus den Händen gegeben, indem sie einer künftigen General-Versammlung nicht einmal die Ration der Bedingungen vorbehielt. Dem Finanzministerium ist ferner vorbehalten:

Die Zustimmung zum Tarif, sowohl für die Güter- als für die Personen-Beförderung, sowie jeder Aenderung desselben, die Genehmigung und Abänderung der Fahrpläne;

die definitive Feststellung des benötigten Kapitals mit Ablauf des ersten vollen Betriebsjahres, dessen entsprechende Erhöhung bei einem Mehrbedarf über 8 Millionen Thaler, entweder durch Vermehrung der Stamm-Aktien, oder durch eine Anleihe auf Prioritäts-Aktien;

die Erhöhung des Reservefonds über ein halbes bis zu 5 Prozent des Anlagekapitals bei sich ergebendem Bedürfnisse;

die Uebernahme der Administration der Bahn und des Betriebes, ohne Beschränkung von Seiten der Gesellschaft, wenn der Staat genöthigt sein sollte, in drei auf einander folgenden Jahren einen Zuschuß zu leisten, oder wenn der Zuschuß in einem Jahre mehr als ein Prozent des Aktienkapitals übersteigen sollte, oder wenn in der Folge wegen Mangels an qualifizirten Gesellschaftsmitgliedern keine vollständige Direktion mehr gewählt werden kann (ein Fall, der bei der Amortisation eintreten muß, zeitiger oder später);

der Beschluß über die Auflösung der Gesellschaft; die Vorlegung von Angelegenheiten zur Entscheidung der ordentlichen General-Versammlungen;

die Anberaumung außerordentlicher General-Versammlungen, insbesondere zur Berathung über die Amtsentsetzung von Direktoren und deren Stellvertretern;

die Genehmigung der Beschlüsse zur Ausdehnung der Geschäfte der Gesellschaft, insbesondere zur Anlegung von Zweig- und Verbindungs-Bahnen, und zur Abänderung und Ergänzung der Statuten;

die Zustimmung von Beamten-Anstellungen auf Lebenszeit, und der contractlichen Zusicherungen von Austritts-Entschädigungen;

die Bestätigung, die Bestimmung der Besoldung, der Entlassungs-Bedingungen und sonstigen Verhältnisse

- a) des technischen Direktors;
- b) des ersten Administrativ-Beamten;
- c) des Rentanten, welcher die Kassen-, Buch- und Rechnungsführung zu besorgen hat.

Ad a und b steht es dem Finanzministerium frei, den oder die von der Direktion hierzu vorgeschlagenen Personen ohne Angabe von Gründen zu verwerfen und hierauf diese Beamten seinerseits zu bestimmen.

Inland.

Berlin, 3. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Hof-Marschall Baron von Rengers und dem Adjutanten Obersten von Spengler, Beide im Dienst und Gefolge des Hochseligen Königs Grafen von Nassau Majestät, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse und dem Königl. niederländischen Kammerherrn Borel den Rothen Adler-Orden dritter Klasse zu verleihen. — Dem Oberlehrer Dr. Küzing an der Realschule zu Nordhausen ist das Prädikat eines Professors beigelegt worden.

Dem Mühlen-Baumeister Julius Adolph Edelmann zu Berlin ist unter dem 29. Dezember 1843 ein Patent auf eine für neu und eigenthümlich erachtete mechanische Vorrichtung zum Heben und Senken der Platte für Holländerzeuge in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden. — Den Fabrikanten Pauwels und Talbot zu Aachen ist unter dem 29. Dezember 1843 ein Patent auf zwei selbstständige Vorrichtungen für die selbstthätige Ausweichung auf Eisenbahnen, in der durch Zeichnung, Modell und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung, auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden. — Dem Uhrmacher Nikolaus Schloeder zu Trier ist unter dem 29. Dezember 1843 ein Patent, auf eine nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtete Hemmung in Taschenuhren, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie ertheilt worden.

Angekommen: Der Fürst zu Lynar, von Drebn.

Se. Durchlaucht der Königlich dänische General-Major Prinz Ludwig zu Bentheim-Steinfurt, von Kopenhagen. Der Großherzoglich mecklenburg-schwedische Wirkliche Geheime Rath, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Graf von Hessenstein, von Neu-Strelitz.

Die Ziehung der 1sten Klasse 89ter Königl. Klassen-Lotterie wird nach planmäßiger Bestimmung den 11. d. M., früh 8 Uhr, ihren Anfang nehmen; das Einzählen der sämtlichen 85,000 Ziehungs-Nummern aber, nebst den 4000 Gewinnen gedachter 1. Klasse, schon den 10. d. M., Nachmittags 3 Uhr, durch die Königl. Ziehungs-Kommissionen öffentlich und im Beisein der dazu besonders aufgeforderten beiden hiesigen Lotterie-Einnehmer Seeger und Masdorf im Ziehungs-Saale des Lotteriehausees stattfinden.

Die 1ste Nummer der diesjährigen Gesessammlung bringt die unter dem 18. November v. J. zwischen der Königl. preussischen und kaiserlich schwarzburg-sondershausenschen Regierung getroffene Uebereinkunft wegen der gegenseitigen Gerichtsbarkeits-Verhältnisse zur öffentlichen Kenntniß, diese Uebereinkunft, deren Dauer vorläufig auf zwölf Jahre, vom 1. Januar d. J. an, festgesetzt ist, enthält sowohl in Bezug auf die Gerichtsbarkeit in Civilsachen, als auf die Strafgerichtsbarkeit eine Reihe der wichtigsten Bestimmungen, welche auf die Förderung der Rechtspflege in einer nicht geringen Anzahl von Fällen einen wesentlichen Einfluß ausüben werden.

× Berlin, 3. Jan. Eine freudige Anerkennung erregt die erste Nummer der diesjährigen Gesessammlung, welche so eben ausgegeben wird. Es bringt dieselbe nämlich eine Königliche Verordnung gegen die Spielbank zu Rötten. (S. gestr. Btg.) Gewiß verdient die Vorforge der Regierung hier allen Dank, denn welch ein Elend die Spielbanken bereiten, das haben wir nicht bloß in Baden-Baden gesehen, woselbst sich die ganze Habersche Duellsache an der grünen Tafel entspann, sondern empfinden es auch täglich bei uns selbst. Rötten hat viel Elend über Berlin gebracht; mehr als einen wohlhabenden Bürger in Armuth gestürzt und sogar Selbstmorde verschuldet. Ich selbst habe auf diese Weise einen Freund verloren, der als Kaufmann mit fremden Geldern durch Rötten reiste, sich dort zum Spiel verlocken ließ, Alles verlor und durch einen Pistolenschuß sein Leben endete. Aehnliche Fälle sind zahlreich vorgekommen, ohne jedesmal bekannt zu werden. Es bestanden deshalb auch bereits in mehreren Nachbarstädten Privatübereinkommen unter den Kaufmannschaften, wonach sie keinen Handlungsgehilfen unter sich duldeten, der an der Spielbank erblickt wurde; eine Einrichtung, die sich namentlich in Frankfurt a. M. mit Bezug auf die Nassauischen Bäder und ihre Spielhöllen sehr bewährt hat. Zu wünschen bleibt nur, daß auch andere Regierungen, namentlich Sachsen, dem Beispiele Preußens Folge leisten, dann wird die Bank hoffentlich an eigener Entkräftung ver scheiden müssen, falls nicht die Rötthensche Regierung durch solche Demonstrationen schon vorher auf moralische Bedenken gebracht wird und ihrerseits einschreitet. Höchst bezeichnend ist es jedenfalls, daß in der Verordnung von einer schädlichen „Fortdauer der öffentlichen Spielbank zu Rötten“ gesprochen wird, denn diese „Fortdauer“ scheint anzudeuten, daß bereits fruchtlose Unterhandlungen zur Abschaffung jenes Instituts vorausgegangen sind, wie dies auch vielfach behauptet wird. Uebrigens hat die Presse wohl einen bescheidenen Antheil an dem Erlaß des neuen Gesetzes, da sie unermüdlich die Verderblichkeit der beregten Spielbank zur Kunde der Regierung gebracht hat, und so darf sie durch diesen Erfolg zu neuer Wirksamkeit sich angespornt fühlen. Erst wenn die Spielbanken völlig aufgehoben sind, wird auch das Beschämende schwinden, das für uns z. B. in folgendem Vorgange liegt. Ein Deutscher fragte im verfloffenen Sommer zu Wiesbaden beim Spiel einen Franzosen: „Wie kommt es, daß alle Spielpächter Franzosen sind?“ Der Franzose fragte statt aller Antwort: „Wie kommt es, daß alle öffentlichen Spielhöllen in Deutschland sind?“ Gewiß eine beherzigenswerthe Lehre, die hierin angedeutet ward! Frankreich hat das Hazardspiel gesetzlich aufgehoben, Deutschland behält es bei und nährt dadurch die französischen Spieler mit seinem besten Mark. Man rechnet schlecht, daß der Spielpächter Chabert aus der Saison in Wiesbaden jährlich einen reinen Gewinn von einer Viertelmillion zieht, wofür er im Winter seine Pariser Salons eröffnet. Nicht weniger rafft Benazet in Baden-Baden zusammen. Und doch hat der Letztere noch in neuester Zeit einen warmen Verteidiger an dem deutschen Schriftsteller Chézy gegen die Angriffe eines andern deutschen Schriftstellers, Honek, gefunden. Ja der letztere wurde hauptsächlich deswegen aus Baden verwiesen! — Ich schrieb Ihnen jüngst, daß von den wissenschaftlichen Vor-

trägen, wie sie im vorigen Winter von verschiedenen Gelehrten hier vor einem gemischten Publikum gehalten werden, für diesen Winter noch nichts verlautet. Nach neueren Nachrichten werden dieselben wieder stattfinden und demnächst im Saale der Sing-Akademie durch den Custos der hiesigen königlichen Bibliothek, Dr. Dehn, mit einem musikalisch-geschichtlichen Vortrage eröffnet werden. — Aus einem Briefe, den ich dieser Tage von Hamburg erhielt, kann ich Ihnen mittheilen, daß Gutzkow sich von der Redaktion des Telegraphen ganz zurück ziehen und dafür als Feuilletonist bei der Kölner Zeitung eine neue Stellung einnehmen wird. Seine Theilnahme am Telegraphen war übrigens bekanntlich schon in der letzten Zeit sehr beschränkt und größtentheils nominell. Ob er sich in seinen geänderten Verhältnissen einen größeren Wirkungskreis sichern wird, bezweifelt man indeß aus mehr als einem Grunde, schon deshalb, weil es ungewiß erscheint, ob seine Thätigkeit dem Verleger gegenüber von Dauer sein wird. — Vor einigen Tagen fand ich in der Magdeburger Zeitung einen Abdruck meines Artikels aus Nr. 300 Ihrer Zeitung, worin ich von einem Censur-Prozeß der Woenigerischen Monatschrift Kunde gegeben habe. Die Magdeburgerin bezeichnet als Quelle des Artikels „Schlesische Zeitung“. War dies Zufall, oder soll es eine Art kleinlicher Rache dafür sein, daß ich die Magdeburgerin einige Male wegen Nichtangabe der Quelle in diesen Blättern bloß gestellt hatte? — Ich kann meinen ersten Brief im neuen Jahre nicht schließen, ohne dem herrlichen Schlesien und seinen sinnigen Bewohnern ein frühliches Glückwunschk zu haben. Möge das neue Jahr ihnen Allen bringen, was ein Jeder an seinem Theil sich wünscht; möge vor Allem aber der schwer getroffenen Industrie es beschieden sein, sich zum Heile der ganzen Provinz von der tiefen Wunde der neueren Zeit zu erkräftigen. Dann wird das kommende Jahr Epochenmachend sein — und nicht für Schlesien allein.

* **Berlin, 3. Jan.** Die von Sr. Maj. dem Könige zur Linderung physischer und moralischer Leiden wiederbelebte Gesellschaft des Schwanenordens erregt große Aufmerksamkeit. Der Orden wurde an dem Tage der Himmelfahrt Maria (den 15. August) vom Kurfürst Friedrich II. (mit den eisernen Zähnen, geb. 1415, folgte seinem Vater, Friedrich I., 1440, dankte ab 1470 und starb 1471) 1443 unter dem Namen „Unser lieben Frauen Kettenträger“ gestiftet. Die Mitglieder wurden auch U. L. Fr. Brüder genannt, und Fürsten so wie Herren von hohem und niedrigen Adel, auch Matronen solchen Standes darin aufgenommen. Das Ordenszeichen war das Bild der Jungfrau Maria mit dem Kindlein Jesu auf dem Arme, mit Sonnenstrahlen umgeben und den Mond unter den Füßen habend. Auf der andern Seite des Heiligenbildes befanden sich die Worte: „salve Domina mundi“. An diesem Bilde hing noch ein anderes, kleineres, nämlich ein Schwan mit ausgebreiteten Flügeln, in einem weißen, kränzförmig umhergewundenen Lächlein, welches unten geschürzt und am Ende mit Franzen versehen war. Dieses Ordenszeichen hing an einer Kette, deren Glieder zackig wie eine Säge waren, und wo sie zusammenhingen, allemal ein Herz drückten. Das Material war Silber. Das Bild Maria sollte zur Dankbarkeit ermuntern gegen die Gnade Gottes und die Erlösung des heiligen Sohnes. Der Schwan erinnerte sowohl an den Tod des Heilands, als an die eigene Sterblichkeit. Das weiße Lächlein diente als Symbol der nothwendigen Sittenreinheit, die Sägen, die das Herz drückten, gaben eine Erinnerung an die tägliche Buße und an die Leiden der Christen. Die damaligen Pflichten der Ordens-Personen waren: „zur heiligen Jungfrau zu beten und deren Feste zu begehen, fromm und ehrbar zu leben, verschwiegen zu sein, einer des andern Ehre zu retten“ u. dgl. m. Der Orden blühte bis zur Reformation. — Mit der Allg. Preuß. Stg. scheint seit dem Beginn des neuen Jahres insofern eine Veränderung vorgegangen zu sein, daß sie seitdem keine angekommene Fremde mehr anzeigt. — Der englische Gesandte, Graf Westmoreland, ist in Anerkennung seiner Verdienste um die Musik zum Ehrenmitgliede des Wiener Conservatoriums der Musik ernannt worden. Seine zahlreichen Kompositionen hat man zugleich in die dortige Bibliothek aufgenommen. — Ludwig Tieck's poetischeres Märchendrama „das kleine Rothkäppchen“ hielt man bisher zur Aufführung nicht geeignet. Eine Darstellung desselben hat nun Dr. Mundt gestern in seinem Familienkreise durch Dilettanten veranstaltet. Prof. Marx hatte eine Ouvertüre so wie die übrige Musik komponirt, und Theodor Wehl einen Epilog „Rothkäppchens Wiedergeburt und der Geist der Zeit“ gedichtet. Ludwig Tieck, welcher dieser Darstellung beiwohnen wollte, wurde durch Unwohlsein davon abgehalten. Das Stück dürfte nächstens auch in Potsdam vor einem größern Kreise zur Aufführung kommen, und eines ebenso günstigen Erfolgs gewiß sein. Der Direktor des königstädtischen Theaters, Hr. Cersf, wurde am Neujahrstage durch die ihm zu Theil gewordene Verleihung des Rothen-Adlerordens überrascht.

Deutschland.

Bückeburg, im Decr. Nach Bekanntmachung vom 29. Decr. ist das Fürstenthum Schaumburg-Lippe auf unbestimmte Zeit, jedoch mit Vorbehalt einer Kündigung, vom 1. Januar 1844 wieder dem hannoverschen Steuer-Vereine beigetreten.

Frankreich.

Paris, 30. Decr. Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer wurden noch zu Vicepräsidenten ernannt die Hrn. Lepelletier d'Aunay und Salvandy. Diese und die Herren Bignon und Debelleyne, bekleideten diese Funktionen auch in der vorigen Session. — Der Alterspräsident Hr. Laffitte richtete hierauf, bevor er den Präsidentenstuhl verließ, in gebräuchlicher Weise eine Anrede an die Kammer. Er warf der Regierung eine Tendenz zum Rückschritte und einen käuflichen Geist (un esprit de vénalité) vor. Seine Rede wurde von vielfachen Zeichen des Mißfallens unterbrochen. Herr Sauzet nahm hierauf Besitz vom Präsidentenstuhle. Seine Anrede an die Kammer erhielt allgemeine Billigung. Er forderte die Kammer auf, dem abgetretenen Alterspräsidenten einen Dank zu votiren. (Zahlreicher Ruf: Nein, nein!) Als nun Hr. Sauzet inmitten des allgemeinen Tumults, welcher entstand, herkömmlicher Weise anzeigte, daß dem Hrn. Laffitte der Dank der Kammer votirt sei, gab sich große Heiterkeit in den Centren kund. Die Sitzung wurde hierauf um 3 1/2 Uhr aufgehoben. Nächsten Dienstag findet die Ernennung der Mitglieder der Adresscommission statt. Seit der Ernennung des Hrn. Dumond zum Minister der öffentlichen Arbeiten hat mit demselben Baron James von Rothschild fast täglich häufige Conferenzen. Es heißt, Hr. Dumon, welcher der Ueberlassung der Eisenbahnbauten an Privatgesellschaften sehr günstig gestimmt ist, werde demnächst den Kammern einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen der Compagnie Rothschild der Bau der großen Nordbahn übertragen würde.

Es sind abermals zwei Maire ihrer Funktionen entbunden worden — Graf Montbreton und Marquis Anjorand. — Die France ist gestern und die Gazette heute faillirt worden; man will wohl dem legitimistischen Unfug zu steuern anfangen. — Das Polizeipersonal im Faubourg St. Germain ist geändert und vermehrt worden. — Die legitimistischen Blätter veröffentlichten einen Brief des Marquis von la Rochejacquin an den Minister des Innern, bezüglich der Vorfälle im Morbihan. Der Marquis behauptet, die Gendarmerie habe einen Unbewaffneten, der vor ihnen geflohen sei, erschossen und verlangt eine strenge Untersuchung.

Spanien.

Madrid, 24. Dez. Die Königin Christine wird demnächst in Madrid erwartet. Der letzte Kabinet-Courier hat diese Nachricht hinterbracht. — General Sanz ist angekommen und alsbald wieder abgereist, um die General-Kapitanie von Granada zu übernehmen. — Hr. Carasco hat von der Bank St. Fernando 15 Mil. Reales erhalten, um die augenblicklichen Staatsbedürfnisse zu bestreiten. Auch sollen mehre Kapitalisten für eventuelle schwierige Konjunkturen ihre Unterstützung angeboten haben. — Man versichert, die Kammer wird nicht mehr vor dem 7. Jan. zusammenberufen werden. Die Toulouser Emancipation schreibt: Der neue General-Kapitain, Baron de Meer, hat Barcelona am 22. verlassen, um sich nach Figueras zu begeben. Er ist von Seiten der Regierung autorisirt, den Centralisten im Fort alle Zugeständnisse zu machen, die er für nöthig halten wird.

Als ein Beweis von der unglaublich raschen Wiederbelebung des Verkehrs in Barcelona mag angeführt werden, daß es in der Stadt wenigstens an 600 Schuhmachern und Schneidern fehlt, um den vorhandenen Bestellungen zu genügen.

Niederlande.

Haag, 29. Dezbr. Heute Mittag ist durch einen Kurier die Nachricht überbracht worden, daß die Leiche des Königs Wilhelm Friedrich, Grafen von Nassau, in Helvoetsluis angekommen und sogleich nach Rotterdam abgegangen ist.

Aus dem Limburgischen hatte ein Correspondent der Allg. Pr. Stg. gemeldet, daß ein Theil der General-Staaten des holländischen und des belgischen Limburgs beschlossen hätte, einen Plan zur Trennung des Herzogthums Limburg von Holland zu bearbeiten, um später einerseits den Verkauf, andererseits den Ankauf desselben Herzogthums durch Belgien zu bewirken, wenn es durch die Trennung in eine noch schwierigere Lage, als die gegenwärtige, versetzt sein würde, oder selbst mit dem deutschen Bunde unterhandeln zu können. Das Journal, welches diese große Mission übernehmen sollte, ist endlich in Maastricht ans Licht getreten. Diese neue Sonne hatte kaum ihren Prospektus erscheinen lassen, als das Journal des holländischen Limburgs bereits dasselbe angriff, und einen Kampflapal eröffnete, wo die beiden Parteien sich herumtummeln werden. Aber mit einer sonderbaren Taktik erklären die Separatisten in dem

zweiten Probeblatte, daß man nicht die Trennung verlan-ge. Die ersten Probe-Nummern geben keine hohe Idee von den polemischen Talenten seiner Mitarbeiter. Alle diese Federkämpfe würden nur eine unterhaltende oder lächerliche Seite haben, wenn sie nicht zuletzt dazu führten, Parteien zu bilden, wodurch Haß und Unfrieden unter Mitbürgern erzeugt wird, die sich klüglich den unwiderruflichen Verträgen der großen Mächte unterwerfen und ihre Kräfte für das allgemeine Beste vereinigen sollten. (L. Pr. 3.)

Griechenland.

Nachrichten aus Athen vom 21. Dec. melden: Unsere Stadt ist seit ein paar Wochen in einiger Aufregung, in Folge des zuchtlosen Benehmens der Soldateska, so daß Wachen auf allen Punkten der Hauptstadt aufgestellt sind, und überdies ein eigenes Detachement von 160 Mann zum Schutze der National-Versammlung errichtet wurde. Den 12. d. wurde der Wagen der Gattin des königl. Baierschen Botschafters, von Gasser, in einer Entfernung von etwa einer halben Stunde von dieser Stadt von den Klephten (Räubern) angegriffen, deren Einer einen Schuß gegen den Kutscher abfeuerte. Da die Kugel nur den Hut des Letztern traf, so trieb er die Pferde zum schnelleren Laufe und entkam. Vorgefunden war ein Versuch gemacht worden den Saal, worin sich die National-Deputirten versammeln, in Brand zu stecken, angeblich um einige darin aufbewahrte, und die Nappistenpartei compromittirende Papiere damit zu vernichten. — Da die Herren Amastah, Fondos, Conduriotis und Nigas Palamides, die zur Abfassung der Antworts-Adresse auf sie gefallene Wahl ablehnten, so ist diese Hrn. Ghioni übertragen worden.

In der Sitzung der National-Versammlung vom 18. ist der Entwurf zur Antworts-Adresse auf die königliche Thronrede mit mehreren Abänderungen angenommen worden. Nachdem an dem nämlichen Tage noch ein Antrag zur Bezeugung des Dankes der Versammlung an die Besagung von Athen, dann die Zusage der lebenslänglichen vollen Löhnung an die Mitglieder derselben angenommen worden, entspann sich zwischen dem Palikaren Griziotis und dem Präsidenten des Areopags Klonaris ein so heftiger Wortwechsel, daß der Präsident Mauroforato sich genöthigt sah, die Sitzung aufzuheben.

Den 19. Dec. ist das Palais der auswärtigen Angelegenheiten ein Raub der Flammen geworden; sämtliche Papiere wurden jedoch gerettet. Man versichert, daß das Gebäude bei einer Triestiner Gesellschaft mit 50,000 Drachmen versichert war.

Den 20. wurde eine Deputation der Versammlung erwählt, um im Namen der letztern Ihrer Majestät der Königin aus Anlaß ihres am 21. einfallenden Geburtsfestes die Glückwünsche darzubringen. Die Besagung von Athen hat erklärt, die ihr zugesicherte lebenslängliche Löhnung nicht annehmen zu wollen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 5. Januar. Das gestern Abend im Musiksaale der Universität von Herrn Giovanni di Dio veranstaltete Konzert war zahlreich besucht, was um so höher anzuschlagen ist, als gleichzeitig im Saale des Tempelgartens das Konzert zum Besten der hilfsbedürftigen Kinder in den Kasematten stattfand, und letzterem schon das Mittel einen äußerst bedeutenden Zuspruch sicherte. Die Leistungen des Herrn Giovanni di Dio rechtfertigten aber auch glänzend die Erwartungen, welche man von seiner Virtuosität auf dem Cello gehegt hatte. Wir leben in musikalischer Beziehung in einer Zeit, in welcher ungeheure Fertigkeiten bei Behandlung eines Instrumentes dem Künstler Beifall, Ehre und — Geld einbringen. Liszt hat sich hierdurch, verbunden mit einer hervorstechenden, das Gewöhnliche weit überschreitenden Originalität, einen europäischen Namen gemacht. Herr Giovanni di Dio hat den vorherrschenden Geschmack der Zeit erkannt, und sich in Bezug auf technische Fertigkeit zu einer außerordentlich hohen Stufe der Ausbildung emporgeschwungen. Die schwierigsten Passagen, Oktavengänge, Doppelgriffe u. dgl. liegen ihm mit einer solchen Leichtigkeit in den Fingern, daß sie Staunen erregt. Ganz vorzüglich aber ist sein Staccato (mit einem Bögenstrich in chromatischen Gängen über das ganze Tongebiet des Cello's) und das Flageolet. Letzteres weiß er in so verschiedenen Schattirungen zu gebrauchen, daß er damit die überraschendsten Wirkungen hervorruft. Die 3 Piecen, welche der Konzertgeber mit dem lautesten Beifalle spielte, waren recht zweckmäßig ausgewählt, da ihnen bekannte und beliebte Melodien zum Grunde lagen, dies gilt namentlich von dem Adagio und den Variationen über ein Thema aus „Romeo und Julia“ und der Fantasie über Themata's aus „Präziosa.“ — Fräulein Marie Höcker sang eine große Arie aus den „Kreuzrittern“ und ein Lied von Nikolai (mit obligater Cello-Begleitung) unter vielem Applaus; Herr Oberorganist Köhler erfreute die Hörer mit dem Vortrage eines Klavier-Konzerts.

Sirichberg, 4. Jan. Heute wird eine lang ersehnte Bekanntmachung des Magistrats unserer Stadt, welche gewiß ein sehr angenehmes Neujahrsgeschenk für die sämtlichen Bewohner derselben sein wird, erscheinen: sie betrifft den Erlaß des vierten Theiles der Abgaben vom Personal-Einkommen für das lau-

fende Jahr! — Gewiß wird dieser Bekanntmachung die freudigste Begrüßung zu Theil werden und die Einwohner der Hirschbergs dem Wirken des Magistrats, im Verein mit der Stadtverordneten-Versammlung, die regste dankbare Anerkennung zollen. Möge ein günstiger Stern nun auch über die Veräußerung unserer Stadt-Güter walten. Gern hätten wir in die Spalten unseres Blattes Beleuchtungen über diesen Gegenstand von hoher Wichtigkeit (besonders über die bessere Nukunwendung, wenn kein Verkauf zu Stande kommt), aufgenommen, aber leider — wird geschwiegen.*) (Vote.)

Mannigfaltiges.

— Potsdam, 2. Jan. Gestern war Tafel bei Hofe im Marmor-Palast des Königl. Schlosses, wozu die höchsten Civil- und Militär-Autoritäten hiesiger Stadt befohlen waren. Es war damit Cour der Neujaars-Gratulation verbunden. Bei Tafel wurde ein langes Gedicht von vier vollen Foliosseiten, das die von der Salz-Pfännerschaft zu Halle durch eine Deputation, hergebrachter Weise, überreichte Neujaars-Gratulation an Ihre Majestäten den König und die Königin enthielt, in mehreren Exemplaren vertheilt. Als Gegengeschenk wurde der Pfännerschaft in alten Zeiten ein mit bunten Bändern ausgeschmücktes Pferd gegeben; seit 100 Jahren ist aber diese Gratifikation in ein Gnadengeschenk von 100 Dukaten verwandelt worden. — Auf der heutigen Feldjagd Sr. Majestät des Königs sind, dem Vernehmen nach, geschossen: 229 Hasen und 1 Fuchs. — Während dem nahmen Ihre Majestät die Königin, nur gefolgt von einer Hofdame, unerwartet das großartige Institut der Dampfmahlmühle der Königl. Seehandlung in hohen Augenschein. Der zeitige Direktor derselben, Baumeister Schrowitz, von dem der Bau geleitet war, hatte die Ehre, Ihre Majestät umher zu führen. Dem Vernehmen nach haben Ihre Majestät die Königin diese Anlage nicht ohne Interesse und Befriedigung gesehen. (Voss. Z.)

— (Stockholm.) Die beiden Erbprinzen haben am 18. Dezember ihr Studenten-Examen vor den vier aus Upsala hieher berufenen Professoren erledigt, und werden im Monat Februar, von dem Grafen Henning Hamilton als Gouverneur begleitet, die Universität besuchen.

— (Hamburg.) Das Unglück, welches vor etwa 3 Wochen das Schiff „Julie“, Kapitain Driewen, dem hiesigen Hause E. M. Schröder und Comp. gehörig, betroffen hat, ist, noch immer ein Gegenstand des Gesprächs. Es war von Rio Janeiro auf hier abgegangen, und befanden sich am Bord desselben 5 Passagiere, nämlich 2 junge Hamburger, ein Pastor Neumann aus Berlin, der in Rio Prediger gewesen war, ein junger Knabe aus Rio, der hier in eine Pensions-Anstalt sollte und ein Tischlergeselle. Als das Schiff in den Kanal kommt, läuft es, laut Ordre der Ladungs-Interessenten, in Plymouth an. Die beiden Passagiere aus Hamburg entschließen sich, ans Land zu gehen, um

*) Warum?

ihre Reise über London und von da per Dampfschiff hierher zu machen. Das Schiff „Julie“ setzt seine Reise fort und in der Nacht vom 8. zum 9. Decbr., nachdem es von der Lootsen-Galotte an der Mündung der Elbe einen Lootsen eingenommen hat, bleibt es bei einem furchterlichen Sturme mit Mann und Maus. Selbst die Leichen der Bemannung und Passagiere sind nicht gefunden worden. Die Eltern der beiden in England ausgestiegenen Passagiere wußten, daß ihre Söhne am Bord der Julie waren, nicht aber, daß sie in England ans Land gegangen waren. Man denke sich den Schmerz, aber auch die Freude, als sie ein Paar Stunden nach dem Eintreffen der Nachricht von dem Schiffbruch, mit der gerade eintreffenden Englischen Post Briefe von ihren Söhnen aus London erhalten, worin von Letztern die Aenderung ihres Reiseplans gemeldet wird. Zu bemerken ist, daß beide Väter der jungen geretteten Leute Magdeburger sind: Pinkernelle und Liebich. Die in der Elbe verunglückte Mannschaft der „Julie“ soll sich auf 16 Personen belaufen. Seit 40 Jahren ist kein Schiffbruch in solcher Nähe der Stadt, und von so schrecklichen Umständen begleitet, vorgekommen. (Magdeb. Z.)

— Aus Köln meldet ein Korrespondent der D. A. Z. Folgendes unterm 29. Dez.: „Vor unserm Assisenhofe wurde heute Nachmittag eine wegen ihres Gegenstandes merkwürdige Kriminalsache entschieden. Die Klage, welche von einem armen Schornsteinfeger zu Frauenberg im diesseitigen Kreise Euskirchen ausgegangen war und schwere, aus bloßem Muthwillen ihm zugefügte körperliche Mißhandlungen betraf, wurde an und für sich die öffentliche Aufmerksamkeit wenig rege gemacht haben, wenn nicht die beiden Männer, von welchen jene groben Mißhandlungen verübt wurden, der Bürgermeister von Frauenberg und dessen Beigeordneter, also grade diejenigen Personen gewesen wären, denen ihr Amt die Beschützung des öffentlichen Friedens und der Sicherheit des Bürgers zur besondern Pflicht machte. Aus dem erhobenen Thatbestande ging in der Hauptsache als unzweifelhaft und, trotz des hartnäckigen Lügnerens der Angeklagten, völlig erwiesen hervor, daß Letztere am 8. April d. J., Abends zwischen 8 und 9 Uhr, auf öffentlicher Landstraße dem Schornsteinfeger begegnet und, in einem plötzlichen Anfälle von Prügelei, über den armen Mann ohne alle Veranlassung hergefallen waren. Sie hatten ihn zu Boden geworfen und, ungeachtet seines Flehens, daß sie doch wenigstens um seiner Frau und Kinder willen seiner schonen möchten, ihn so furchtbar zugerichtet, daß er sich nur mit Mühe nach Hause schleppen konnte und mehrere Wochen lang, zu seiner Arbeit unfähig, das Bett oder die Stube hüten mußte. Da die frechen Verüber dieses argen Treuels nach dessen Begehung recht wohl einsahen, welche Folgen eine Klage des Schornsteinfegers für sie haben müßte, so suchten sie denselben durch Vorstellungen und Versprechungen aller Art davon abzuhalten. Der Mißhandelte ließ sich aber nicht irre machen und machte die Sache bei Gericht anhängig. Mehre nach der Ansicht der Geschworenen, welche die beiden Angeklagten in der Hauptsache für „schuldig“

erklärten, nicht völlig erwiesene Nebenumstände bewirkten, daß die heute erfolgte Entscheidung des Gerichts verhältnißmäßig sehr gelind ausfiel, indem jeder der Angeklagten nur zu einjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt ward. Hätten die gedachten Umstände vollständig bewiesen werden können, so würde wahrscheinlich auf 5-jährige Zwangsarbeit erkannt worden sein. Es versteht sich von selbst, daß beide Angeklagte der bisher von ihnen bekleideten Posten sofort entsezt werden.“

— Uebermals sind 1000 Fässer von Rouen kommende Wein in Paris mit Beschlagnahme belegt worden, die durchaus nichts vom Weine, sondern nur ein Gemisch schädlicher Substanzen enthielten.

— Aus den erst jetzt mittelst der vervollkommenen Taucher-Apparate vom Grunde des Meeres aus wieder aufgefischten Ueberresten des bekanntlich bereits im Jahre 1782 während eines Ballfestes durch plötzliches Ueberrollen der losgemachten Kanonen nach einer Seite umgeschlagenen und mit sämtlichen Gästen untergegangenen Linienschiffes „Royal George“ hat die Königin von England sich ein prachtvolles Bild erbauen lassen. Auf einer aus den Kupferreifen eines Pulverfasses dieses Linienschiffes angefertigten Platte, ist eine Inschrift an dem Willard angebracht, welche beim Spielen das Andenken an einen der großartigsten und seltsamsten Unfälle dem Gefühle stets gegenwärtig erhält.

— Bei der Feierlichkeit der Kammer-Eröffnung zu Paris hat man den Tod eines Dragoners zu bedauern, welcher zur Eskorte des Königs gehörte. Als der königliche Zug vom Palais Bourbon nach den Tuileries zurückkehrte, war die Eskorte angewiesen, schneller als bei der Hinfahrt zu reiten. Da die Brücke der Deputirten-Kammer auf beiden Enden einen ziemlichen Abhang bildet, so sah sich die Kavalerie gezwungen, im scharfen Trab die Brücke zu verlassen, um den nachfolgenden königl. Wagen mehr Raum zu lassen. Da zugleich dort eine Wendung rechts gegen den Quai der Tuileries zu machen und das Pflaster feucht war, so gleitete ein Dragoner mit seinem Pferde so unglücklich aus, daß er sich mit dem gezogenen Säbel beim Fallen die Brust tödtlich durchbohrte. Er wurde von den Municipal-Gardisten sogleich aufgehoben und ins Militair-Hospital gebracht, wo er in der Nacht den Geist aufgab.

Daß der bischöfliche Sekretair, Herr Ronge in Pöplin, weder der Verfasser der in Nr. 303 unserer Zeitung befindlichen Correspondenz, datirt aus Westpreußen 24. Decbr., ist, noch je uns einen Aufsatz zugesandt hat, wird demselben hiermit auf sein Ersuchen bescheinigt.

Die Redaktion der Bresl. Ztg.

Redaktion: E. v. Baerß und H. Barth.

Verlag und Druck von Graß, Barth u. Comp.

In unterzeichneter Buchhandlung erscheint:

Kirchlicher Anzeiger.

Zunächst für Schlesien und die benachbarten Provinzen.

Herausgegeben von dem Ober-Consistorialrath Dr. August Hahn.

Jahrgang 1844 in groß Quart-Format. Preis für den halben Jahrgang 20 Sgr.

Inhalt: I. Vorwort des Herausgebers. II. Chronik der reformatoren. Zeit: 6. Januar 1530, Convent der Evangelischen zu Nürnberg. III. Christus ist mein Feld. IV. Evangelische Literatur: Katechismen von Cranz, Althammer, Bachmann und Bießer, neu edit von Julius Hartmann. V. Kirchliche Nachrichten: a. Allgemeiner b. aus der Provinz.

Diese Zeitschrift erscheint regelmäßig alle Sonnabende; sämtliche Buchhandlungen und Postämter nehmen Bestellungen an. Breslau, 6. Januar 1844.

Buchhandlung Josef May u. Komp.

Theater-Repertoire.

Sonnabend, zum 14ten Male: „Der Sohn der Wildnis.“ Romantisches Drama in 5 Akten von Halm.

Sonntag, zum 4ten Mal: „Die Memoiren des Satans.“ Lustspiel in 3 Aufzügen von E. B. G.

H. 9. I. 6. J. □ I.

Gewerbeverein.

Allgemeine Versammlung Montag den 8ten, Abends 7 Uhr, Sandgasse Nr. 6.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung meiner Tochter Julie mit dem Kaufmann Herrn F. R. Golisch zeige ich Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an.

Breslau, den 4. Januar 1844.

E. C. Strauß, Kretschmer.

Julie Strauß,
F. R. Golisch,
Verlobte.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung meiner Tochter Malwina mit dem Gutsbesitzer Herrn John Rabke auf Kuvertshoff, beehre ich mich, Freunden und Bekannten ergebenst anzuzeigen.

Dhlau, den 28. Dezember 1843.

v. Gerhardt,

Oberst-Leutnant und interimistischer Kommandeur 4. Husaren-Regiments.

Entbindungs-Anzeige.

Die gestern Abend erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem gesunden Knaben, zeige ich Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, hierdurch ergebenst an.

Breslau, den 5. Januar 1843.

Carl Gelinet, Justiz-Commissarius.

Entbindungs-Anzeige.

Heut Nachmittag wurde meine liebe Frau Ernestine, geb. Sauer, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden, welches ich hiermit, statt besonderer Meldung, Verwandten und Freunden ergebenst anzeige.

Breslau, d. 5. Januar 1844.

H. C. Klose.

Todes-Anzeige.

Heute Abend um halb 8 Uhr vollendete in ihrem 67. Lebensjahre unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter und Schwägerin, die verw. gewesene Frau Ober-Wege-Bau-Inspector Caroline Heller, geb. Großmann, am Nervenschlage, ihre irdische Laufbahn, welches wir, anstatt besonderer Meldung, unter Deprecirung von Beileidsbezeugungen, unsern Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzeigen.

Breslau, den 4. Januar 1844.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Heute Nacht entschlief nach langen Leiden unsere geliebte Schwester und Mutter, die verw. Frau Kaufm. Philippine Friedel, geb. Sachs. Indem wir diese traurige Anzeige ihren zahlreichen Freunden und Bekannten hierdurch widmen, bitten wir um stille Theilnahme.

Breslau, den 5. Januar 1844.

Die Hinterbliebenen.

Laetitia.

Sonnabend den 27. Januar:

B a l l

im Kroll'schen Wintergarten.

Die Direktion.

Sonntag den 7. Januar 1844,

Maskenball

im König von Ungarn, an welchem mit und ohne Maske Theil genommen werden kann.

A. Mezler.

Ich wohne auf der Dhlauerstraße Nr. 64.

Bamberger, Schnürmieder-Fabrikant.

Meine Damenpuß-Handlung, Rautenfranz Dhlauer-Strasse, habe ich nach dem Ringe Nr. 20, dicht am Gewölbe des Hrn. Immerwahr, verlegt. E. R. Pulvermacher.

Kroll's Wintergarten.

Mehrfachem Verlangen zu genügen, bin ich geneigt, für die geehrten Sonntags- u. Mittwochs-Subscribenten Bälle zu arrangiren, und den ersten derselben zunächst für die geehrten Sonntags-Subscribenten, Sonnabend den 13. Januar abzuhalten.

Entree für Herren 15 Sgr.

Für nicht Subscribenten, durch Einführung derselben, 20 Sgr. Zur Subscription liegen Listen an der Kasse im Wintergarten und in der Musikalienhandlung des Hrn. Grosser, vormals Cranz, bereit.

A. Kugner.

Im Verlage von G. P. Aderholz in Breslau erscheint:

Schlesisches Kirchenblatt.

Eine Zeitschrift für Katholiken aller Stände, zur Beförderung des religiösen Sinnes. Herausgegeben im Vereine mit mehreren katholischen Geistlichen, von

Dr. Joseph Sauer,

Fürstbischöflicher Consistorialrath und Rektor des Clerikal-Seminars.

10ter Jahrgang 1844.

Preis 2 Rthlr., wofür es wöchentlich durch alle Buchhandlungen und königl. Postämter zu beziehen ist.

Tägliche Dampfwagen-Züge der Oberschlesischen Eisenbahn.
Abfahrt: von Oppeln nach Breslau Morgens 6 u. 50 M. und Abends 4 u. 20 M.
Breslau = Oppeln = 7 = — = 4 = 30 =

Personen-Beförderung nach Cattern.

Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag, Nachmittags 2 Uhr, werden Personen nach Cattern und 6 Uhr Abends von dort hierher mit unseren Dampfwagenzügen befördert. Fahrpreise laut Tarif.

Der Verkauf der Fahrbillets in Cattern geschieht fortan in der daselbst errichteten Restauration. Breslau, den 30. Dezember 1843.

Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Dampfwagenzüge d. Breslau-Schweidnitz-Freiburg. Eisenbahn.

1. Tägliche Züge zwischen Breslau und Freiburg.

Abfahrt: von Breslau Morgens 8 Uhr — Minuten und Abends 5 Uhr — Minuten.
Freiburg = 8 = 13 = 5 = 13 =
Ankunft: in Breslau = 10 = 13 = 7 = 13 =
Freiburg = 10 = — = 7 = — =

2. Extrazüge v. Breslau nach Canth u. zurück jeden Sonntag u. Mittwoch.

Abfahrt von Breslau 2 Uhr Nachmittags; von Canth 5 1/2 Uhr Abends.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Sonnabend den 6 d. Mts., Abends 7 1/2 Uhr, geht ein Extrazug nach Canth und Morgens 3 Uhr nach Breslau zurück.

Die Bekanntmachung der Restaurateurs zu Canth in der Zeitung vom 2. d. Mts., wonach der Extrazug erst um 8 Uhr abgehen sollte, erleidet daher hierdurch eine Berichtigung. Die Fahrbillets sind für die Hin- und Rückfahrt ausgestellt und von Sonnabend Nachmittags 4 Uhr ab in dem hiesigen Biletverkaufsbureau zu haben. Die Fahrpreise nach dem Tarif. Breslau, den 3. Januar 1844.

Direktorium.

Lokal-Veränderung.

Die Buchhandlung von **Graf, Barth u. Comp.** in Oppeln ist jetzt **Ring Nr. 10** (schrag über vom Schwarzen Adler), im Hause des Maurermeisters Herrn Schwarz.

Königl. Sächs. concess. Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu Leipzig

bietet dem Publikum auf sichere Weise das Mittel dar, beim Tode über ein Kapital zu verfügen, vermittelt welchem die Hinterlassenen gegen Nothstand geschützt, zur Fortsetzung oder Begründung eines Nahrungsweiges in den Stand gesetzt werden. Der Nutzen der Lebens-Versicherungen ist mannigfaltig und durch die ungewöhnliche Theilnahme des Publikums an mehreren derartigen Anstalten so wie durch die Urtheile scharfsinniger Sachkundigen ausreichend an den Tag gelegt worden. Auch zu Wittwen- und Waisenversorgung können Lebens-Versicherungen zweckmäßiger als durch sogenannte Wittwen-Cassen angewendet werden.

Während letztere nur auf den Fall, daß der Gatte nach Verlauf gewisser Jahre vor seiner Frau stirbt, eine jährliche Pension von ein oder mehreren hundert Thalern bis an den Tod der Wittwe gewährt, so gestattet die Lebensversicherung die Möglichkeit, das beim Tode zahlbare Capital im Augenblick des Empfangs so zu verwenden, wie es die obwaltenden Umstände am ratsamsten machen. Es ist dies von entschiedenem Werthe für die Hinterlassenen, da die Verhältnisse, welche beim Absterben des Familienvaters obwalten werden, eben so wenig wie die Art der Bedürfnisse der Seinigen im Voraus zu beurtheilen sind.

Oft kann durch ein Capital der Erwerb der ganzen Familie gesichert werden, dahingegen die jährliche Pension kaum für den anständigen Unterhalt der Wittve hinreicht und die zum dereinstigen Fortkommen der Kinder erforderliche Erziehung nicht gestattet. Die Pension erlischt bei Wiederverheirathung der Frau, der Besitz eines Capitals hingegen kann eine wünschenswerthe neue Heirath und durch dieselbe die bessere Existenz der Frau und Kinder erleichtern.

Zu Ertheilung jedweder Auskunft über die am Eingange genannte Gesellschaft, unentgeltlicher Berathung der Statuten u. s. w. und Annahme von Versicherungs-Anträgen zur Beförderung an die Gesellschaft ist mit Vergnügen bereit.

W. Ferd. Schmidt, in Neumarkt.

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu Leipzig.

Geschäfts-Übersicht

vom 1. Januar bis Ende November 1843.

Zur Aufnahme angemeldet:	490 Personen mit	554,700 Rthlr.,
eingemommene Prämie		160,700 "
angemeldete Sterbefälle von	53 Personen mit	56,400 "
ausgezahlte Dividende		17,700 "

Dividende für 1844 20 pro Cent.

Jede nähere Auskunft und Annahme von Aufträgen durch die Agentur zu Neumarkt bei **W. Ferd. Schmidt.**

Empfehlenswerthe Musikalien.

Bei Ed. Bote u. G. Bock in Berlin ist erschienen und bei Unterzeichneten vorrätig:

Ami de la Jeunesse.

(Musikalischer Jugendfreund.)

Eine Auswahl der beliebtesten Tonstücke in leichter Spielart zur Erheiterung der Jugend für das Pffe. eingerichtet.

Preis à 2ms 1 Rthl., à 4ms 1 Rthl. 20 Sgr.

Tanz-Album für 1844 f. d. Pffe. von J. Gungl etc. 15 Sgr.
Kriegers Lust. Festmarsch f. d. Pffe. v. J. Gungl. op. 26. 5 Sgr.
Bachus Freuden-Galopp f. d. Pffe. von J. Gungl, op. 24. 10 Sgr.

Ed. Bote u. G. Bock in Breslau,
Schweidnitzer Strasse Nr. 8.

Erprobtes und bewährtes Mittel für Brust-Kranke und Hustenleidende

Dresdener Malz-Syrup

aus bairischem Malze bereitet.

Dieser von Herrn C. C. Pöggold in Dresden erfundene, aus den reinsten Malztheilen auf das sorgfältigste und feinste bereitete Malz-Syrup, ist für Husten und Brustübel, für Verschleimung, Keuchhusten, Luftröhrenübel, heisern Hals etc., so wie beim Zahnen der Kinder, indem damit einigemal des Tages das Zahnfleisch damit bestrichen, ein überaus wohlthunendes, lösendes und stärkendes Mittel, dessen besondere Wirkungen für diese Uebel, indem dasselbe vorzüglich die überhäuften und aufgelockerten Schleimtheile absondert, bereits zur größten Zufriedenheit anerkannt sind.

Derselbe ist in, mit dem Pechsaft des Esfinders versiegelten Glas-Flaschen, à 14, 8, 5 und 2 1/2 Sgr.

zu haben bei:

Eduard Gross.

am Neumarkt Nr. 38, 1. erste Etage.

Oekonomischer Verein zu Brieg.

Die Versammlungen desselben für das Jahr 1844 sind durch gemeinsamen Beschluß auf den 3. Februar, 2. März, 13. April, 11. Mai, 1. Juli, 3. August, 21 Septbr., 19. Octbr. und 23. November festgesetzt worden.

Das Vereins-Direktorium.

Im Verlage von **F. W. Grosser** vorm. C. Cranz ist so eben erschienen:

An die Entfernte,

Lied für eine Mezzo-Sopran- oder Bariton-Stimme mit Begleitung des Pffe. von **Paul Piglosiewicz.** Op. 1. Preis 7 1/2 Sgr.

Contra-Tänze,

aus der Posse „Der Weltumsegler“, von **A. Unverricht,** fürs Pianoforte. Preis 5 Sgr.

Tanz-Album, 1844.

Zweite Auflage, enthaltend **24 neue Breslauer Tänze** fürs Pffe., von **F. E. Bunke, Ed. Raymond** und **A. Unverricht.** Zweite Auflage. Preis 15 Sgr.

Der Komet,

mit **Telekop** und **Literaturblatt**, herausgegeben von **Dr. C. Herloßsohn,** Preis jährlich 10 Rthl., beginnt mit dem ersten Januar 1844 seinen fünfzehnten Jahrgang. Alle resp. Buchhandlungen und Postämter nehmen Bestellungen darauf an, in Breslau Herr **C. Neubourg.** Leipzig, im Dezember 1844.

C. P. Meizer.

Nothwendige Subhastation.

Königl. Land- u. Stadtgericht zu Dittmachau. Das zu Magwitz sub Nr. 32 belegene, den Anton und Johanna u. Lichischen Eheleuten gehörige, gerichtlich auf 5752 Rthl. 20 Sgr. geschätzte Bauergut, soll in nothwendiger Subhastation

am 12. Juni 1844

an ordentlicher Gerichtsstelle verkauft werden. Taxe und Hypotheken-Schein können im Bureau I. eingesehen werden.

Holz-Verkauf.

Zum öffentlichen Holzverkauf in der Königl. Ober-Forsterei Schöneiche bei Woblan (gegen gleich baare Bezahlung) sind nachstehende Termine angesetzt:

- 1) für den Schußbezirk Kreidel den 15. Jan. c. a., früh 9 Uhr, im Gerichtsfeldscham zu Stäbtl Leubus: a. mehrere Stämme kiefern Bau- und Kuchholz; b. Brennholz, kiefern 50 1/2 Rfl. Scheit, 5 Aft- und 73 1/2 Stock-Holz.
- 2) für den Schußbezirk Gleinau den 15ten d. M. daselbst Vorm. 11 Uhr: a. einige Stämme kiefern Bauholz; b. Brennholz, eichen 1/2 Rfl. Scheit, kiefern 9 1/2 Rfl. Scheit, 2 1/2 Stockholz und 30 Schock Abram-Reisig.
- 3) für den Schußbezirk Darrdorf den 16. Jan. c. a., früh 9 Uhr, im Kretscham zu Friedrichsheim: a. einige Stämme und Klöcher eichen und kiefern Bau- und Kuchholz; b. Brennholz, birken 1 Rfl. Aft-Holz, kiefern 28 1/2 Rfl. Scheit, 6 1/4 Rfl. Aft- und 100 Stock-Holz.
- 4) für den Schußbezirk Pronsdorf den 16. Jan. c. a. daselbst Vormittags 11 Uhr: a. einige Stämme eichen und kiefern Bau- und Kuchholz; b. Brennholz, eichen 5 1/2 Rfl. Scheit, 1 1/2 Aft-, 1 Kumpen- und 5 Rfl. Stockholz, buchen 1 1/2 Rfl. Scheit, 1 Stockholz, erlen 1 Rfl. Stockholz, kiefern 16 Rfl. Scheit, 4 Aft-, 13 Stock- und 4 Schock Abram-Reisig.
- 5) für den Schußbezirk Heibau den 17. Jan. c. a., früh 9 Uhr, im hohen Hause zu Woblan: a. mehrere Stämme eichen, birken und kiefern Bau- und Werkholz; b. Brennholz, birken 3 Rfl. Stockholz, erlen 4 Rfl. Stockholz, und kiefern 51 Rfl. Stockholz.

Schöneiche, den 1. Januar 1844.

Die Königl. Forst-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die Franz Potzischen Geleute beabsichtigen, ihre, seit dem Jahre 1843 nicht mehr im Betriebe gewesene, an der Malapane, zwischen der oberhalb gelegenen sogenannten Dlugos- und der unterhalb gelegenen Daniel Plutta-schen Mühle belegene eingängige Wassermühle zu Lohna durch Umbau wieder in Stand und Betrieb zu setzen, ohne dabei die Lage des Fachbaums zu verändern.

Nach Vorschrift des § 6 im Edikte vom 28. Oktober 1810 bringe ich dieses Vorhaben zur öffentlichen Kenntniß, wobei alle diejenigen, welche dagegen ein Widerspruchrecht zu haben vermeinen, aufgefordert werden, ihre begründeten Einwendungen binnen acht Wochen, und zwar bis spätestens zum 24. Febr. l. J. bei mir anzubringen, weil auf später eingehende Protestation nicht weiter geachtet werden kann.

Lublinitz, den 19. Dez. 1843.

Der Königliche Landrath.

S. W. Durin.

Ein Lehrling findet ein Unterkomme dem Bäckermeister **P. Schidlöwer,** Neu Straße Nr. 21.

Stammholz-Verkauf.

Im Forst-Revier Peisterwitz sind zum meistbietenden Verkauf von Stammholzern an der unteren Stelle im Monat Januar folgende Termine angesetzt:

- 1) im Belauf Grünanne, am 1ten u. 22sten: Fichten und Kiefern, — Versammlungsort: Forst-Etablissement Grünanne;
- 2) im Belauf Steindorf, am 12ten u. 26sten: Fichten, Kiefern und einige Segelfangen. — Versammlungsort: Forst-Etablissement Steindorf;
- 3) im Belauf Rodeland, am 15ten u. 24sten: Fichten, Kiefern und einige Segelfangen. — Versammlungsort: am 15ten in Garsuche, am 24sten im Forst-Etablissement Rodeland;
- 4) im Belauf Smortawe, am 17ten: Fichten und Kiefern, — Versammlungsort: Forst-Etablissement Smortawe;
- 5) im Dberwalde, den 19ten, — Versammlungsort: Lindner-Fähre.

Der Verkauf beginnt um 9 Uhr und endet um 12 Uhr. Zahlung kann an den im Termine anwesenden Rentanten Herrn Geisler sofort geleistet werden, muß aber ohnfehlbar innerhalb drei Tagen an die Forst-Rentanten in Scheidewitz erfolgen.

Peisterwitz, den 2. Januar 1844.

Der Königl. Oberförster Krüger.

Auktions-Anzeige.

Dienstag den 9. Januar 1844, Nachmittags 2 Uhr, soll der Nachlaß des Regierungs-Sekretair Euscher, bestehend in Uhren, Möbeln, Kleidungsstücken, Leinwand und Betten etc. in einer Parthie Bücher, so wie demnach eine goldene Uhrkette, mehrere gebrauchte Bureau-Utensilien und mathematische Instrumente in dem Auktions-Gelasse des Königl. Ober-Landes-Gerichts öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden.

Breslau, d. 31. Dezember 1843.

Hertel, Commissionsrath.

Bücher-Auktion.

Die hinterlassene Bibliothek des Königl. Medizinalraths Dr. Krutige etc., welche außer den besten mediz. Werken, auch reich in allen andern Fächern der Wissenschaften und Literatur ist, soll

Montag den 15. Januar 1844, Nachmittags 2 Uhr, und folgende Nachmittage.

in dem Auktions-Gelasse des Königl. Ober-Landes-Gerichts öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden.

Der gedruckte Katalog ist in der Buchhandlung Josef Marx und Comp. zu haben.

Breslau, den 24. Dezember 1843.

Hertel, Commissionsrath.

Auktion.

Am 10ten d. Mts., Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr, sollen im Auktions-Gelasse, Breitestr. Nr. 42, 2 Stück schwarze Kronasch, 4 schwarze Kronasch, 4 Stück grauen Pargent, 44 Stück rosa, blaue, graue und schwarze Futterleinwand, 40 Schock weiße Leinwand und diverse Schnitt- und sächsische Strumpfwaren, öffentlich versteigert werden. Breslau, den 4. Januar 1844.

Mannig, Auktions-Kommissar.

Auktion.

Am 10ten d. Mts., sollen im Auktions-Gelasse, Breitestr. Nr. 42, versteigert werden: a) um 2 1/2 Uhr, 50 Flaschen Champagner und ein Faß Rirschsaff; b) um 3 Uhr wiederum eine Parthie feine Cigarren aus einer Concurs-Masse. Breslau, den 5. Januar 1844.

Mannig, Auktions-Kommissar.

Auktion.

Am 11ten d. Mts., Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr, soll in Nr. 7, Karlsstr., das Kaufmann Böttger'sche Waaren-Lager, bestehend in weißen Rattunen, Futterleinwand, Kittal's, Kattunen Büchern und demnachst bib. Handlungs-Utensilien, als: Repositorien, Wandtafeln, Putzen etc. öffentlich versteigert werden. Breslau, den 5. Januar 1844.

Mannig, Auktions-Kommissar.

Auktion.

Am 12. Januar l. J., Nachmittags 2 Uhr, sollen im Auktions-Gelasse, Breitestr. Nr. 42, aus dem Nachlasse des Kaufmann Isaac Schayer Eliafon, 2 goldene und 2 silberne Taschenuhren, diverses Silberzeug, eine goldene Erbseckette, eine dergl. Uhrkette, ein Paar goldene Ohrringe mit Brillanten, 4 goldene Fingerringe mit Rauten resp. Brillanten und ein Schloß mit Brillanten, öffentlich versteigert werden. Breslau, den 27. Dezbr. 1843.

Mannig, Auktions-Kommissar.

Auktion.

Am 15ten d. M., Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr und d. f. Tage, sollen in dem Hause Nr. 16, Nikolaistraße- und Neuweltgassen-Ecke, die zum Nachlasse der Frau Inspektor Pitschke gehörigen Effekten, bestehend in Silberzeug, Bijouterien, Uhren, wobei eine Wanduhr mit Sekundenzähler, 8 Tage gehend; Porzellan, Gläsern, zinnernen, Kupfernen, messingenen etc. Geschirren; Meubles, Hausgeräthen, weiblichen Kleidungsstücken, wobei viele Pelzsachen, und in Silber und Gold, öffentlich versteigert werden. Breslau, den 4. Januar 1844.

Mannig, Auktions-Kommissar.

Zweite Beilage zu No 5 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 6. Januar 1844.

Anzeige.

Da ein Bedürfnis für die Niederlassung eines Wundarztes zweiter Klasse hier selbst sich vielfach kund gegeben, so wird dasselbe mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß durch den jetzt erfolgten Tod des hiesigen Barbiers die Niederlassung erleichtert wird.

Reichenstein, den 23. Dezember 1843.
Der Magistral.

Wohnungs-Veränderung.

Vom 1. Januar 1844 ab wohne ich Neue Kirchstraße Nr. 10, vor dem Nicolai-Thor. Dies einem geehrten Publikum ergebenst anzeigend, bitte ich, das mir geschenkte Vertrauen auch fernerhin bewahren und mich mit gütigen Aufträgen beehren zu wollen.

Breslau, den 4. Januar 1844.

A. Sayu, Zimmer-Meister.

Krämerei-Verkauf.

Eine ganz massiv gebaute und bequem eingerichtete Krämerei auf dem Lande in einem großen Kirchdorf, nahe an der Kirche, in welcher das Spezerei-, Farbe-, Tabak-, Schnitt- und Kurz-Waaren-Geschäft mit dem besten Erfolge betrieben wurde, ist wegen eingetretener Familien-Verhältnisse, nebst sämtlichem Inventarium, für den billigen Preis von 600 Rthlr., mit 300 Rthlr. Anzahlung, aus freier Hand zu verkaufen; von wem? wird der Handlungs-Buchhalter Herr Moritz Faltenthal in Breslau, Neuweltgasse Nr. 42, eine Stiege, unter portofreien Anfragen, die Güte haben zu ertheilen.

Verloren auf dem Wege vom Hotel de Silésie, durch die Bischof-, Dhlauer-, Altbüßer-, Junkern- und Schweidnitzer-Straße, bis zum neuen Theater, einen Theil einer goldenen Uhrkette, versehen mit 2 kleinen Perleketten und Schlüssel. Der Finder erhält gegen Abgabe desselben eine gute Belohnung im Comptoir des Herrn Hermann Berlin, Bischofsstraße Nr. 15.

Nicht zu verwechseln mit der orientalischen Malerei, wird nach amerikanischer, leicht aufzufassender Methode, Blumen und andere Gegenstände, nach der Natur aufzunehmen, gelehrt. Diejenigen, welche noch nie gezeichnet haben, Kinder sogar, können dies in einer Section gut erlernen. Näheres darüber ist in den Vormittagsstunden von 10 bis 12 Uhr, des Nachmittags von 2 bis 4 Uhr zu erfragen: Ring Nr. 49, 3 Treppen.

Beachtenswerth.

Neben ihren bereits anerkannt preiswürdigen Sorten Vanillen, Gewürz- u. Gesundheits-Chocolade von 7½ — 20 Sgr. pro Pfd., empfiehlt sehr schönen ital. Maraschino, die Fl. 20 Sgr., Crème d'Alfinthe italien, ein vorzüglich magenstärkendes bitteres Getränk, die Fl. 10 Sgr., Marcetti-Vomade, ein ausgezeichnet haarwuchsbeförderndes Mittel (aus reinem Kindmark), die Krause von 5 Loth Inhalt, 7½ Sgr. Indisches Waschlupfer, ein auf die Haut sehr wohlthätig wirkendes Mittel, von Dr. F. J. Morich, (anderwärts für sehr bewährt befunden,) die Schachtel 5 Sgr.

Die Chocoladen-Fabrik des

F. J. Morich,

Ring Nr. 51, 1. Etage.

Empfehlungs- und Visiten-Karten

werden geschmackvoll und billig gefertigt Lithographisches Institut C. G. Gottschling, Albrechtsstraße Nr. 36, erste Etage, der Königl. Bank schrägüber.

Bei jeder Witterung

werden im Gasthause zum deutschen Hause, Stube 23, täglich von 9—3 Uhr Lichtbilder-Portraits à 1½ bis 2 Rthl. angefertigt.

Für Gourmands

Caviar, superbe an Geschmack, frisch und wenig gefalzen, empfiehlt zu allein hier existirendem, wirklich billigem Preise, en gros et en détail.

Eduard Groß,

am Neumarkt Nr. 38.

Milch,

frisch gemolken, wie sie eben von der Kuh kommt, wird jeden Morgen vom Dominium Pühlau in versiegelten Flaschen, à ein Quart Nr. Maß, nach Breslau geschickt; wer dergleichen reine, fette, unverfälschte Milch zu entnehmen beabsichtigt, erhält solche jeden Morgen das Quart für 2 Sgr. ins Haus. Bestellung nimmt der Portier John, Stadtgraben Nr. 18, an.

Zwei geräumige Wohnungen in I. und II. Etage sind Wall-Strasse Nr. 14 für 180 Rthl. und 200 Rthl. p. a. zu vermieten und Ostern c. zu beziehen.

Auf dem unterzeichneten Dominium stehen 6 Stück National-Oldenburger-Oldenbäcker zum Verkauf.

Dom. Lissa, den 5. Januar 1844.

Der Wirtschaftsinспектор Hennig.

Schaafrich-Verkauf.

Am 1. Jan. geht der Verkauf der Stähre in der hiesigen Stammschäferei an, und sind gegen 300 Stück Muttern, Lichnowsky'scher Abkunft, die noch zur Zucht brauchbar sind, mit oder Wolle abzulassen.

Hünern bei Wijnig und Herrnstadt.

Obrist-Lieutenant v. Neuhaus.

Der Stähr-Verkauf

auf der Majorats-Herrschaft Ober-Glogau, in der Stammschäferei zu Glöglitz, beginnt den 8. Januar 1844. Das Reichsgräflich von Oppersdorff'sche Wirtschaft's-Amt.

Bock-Verkauf.

Auf dem Dominium Baumgarten bei Ohlau ist auch in diesem Jahre eine grosse Auswahl von Schafböcken der edelsten Abkunft zum Verkauf gestellt, die sich durch grosse Statur, hohe Feinheit, Ausgezeichnetheit und gute Stapelung auszeichnen.

Stähre-Verkauf.

In der Gräflich Anton von Magnischen Stammschäferei zu Eckersdorf, Glazer Kreises, stehen vom 2. Januar 1844 ab, eine bedeutende Anzahl größtentheils zweijährige Sprungböcke, für zeitgemäße Preise, zum Verkauf. Die Wolfseinheit der Heerde ist hinlänglich bekannt, und wird dafür gebürgt, daß die Heerde von jeder erblichen, namentlich der Traber-Krankheit, frei ist.

Eckersdorf, den 27. Dez. 1843.

Die Direktion.

Wegoldt.

Frische feiste Hasen

erhielt ich so eben und empfehle solche gut gespickt à 12 Sgr. zur geneigten Abnahme, Seeliger, Wildhändler, Neumarkt Nr. 48.

Freiwilliger Haus-Verkauf.

In einem evangelischen Kirchdorf bei Breslau, an der Chaussee, ist ein Haus, welches von Laudemial-Abgaben frei ist, und worin eine Krämerei vortreflich betrieben wird, Krankheitshalber, ohne Einmischung eines Dritten, baldigst zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt:

Instrument-Schleifer Kühr, Altbüßerstraße Nr. 61.

Gastwirthschaft-Verpachtung.

Meine in Stein im Rimpler Kreise, an der Breslau-Kimpler und Reichenbacher Chaussee gelegene Gastwirthschaft, bin ich gesonnen, vom 2. April d. J. ab, anderweitig zu verpachten; Pachtlustige können sich deshalb bei mir melden.

Klinner, Eigenthümer.

Kunzendorfer Bier

von vorzüglicher Kläre und gutem Geschmack, im Ganzen, so wie im Einzelnen, empfiehlt: C. Hanke, Neustadt Nr. 60, im schwarzen Adler.

In einer lebhaften Kreisstadt der Provinz Posen ist eine privilegierte Apotheke unter soliden Bedingungen zu verkaufen. Näheres hierüber ertheilt Herr Kaufmann Langner zu Robylin auf portofreie Anfragen.

Beachtenswerth.

Sittlich gebildete Mädchen, welche sich im Weisnähren üben wollen, können freien Unterricht erhalten. Näheres Dhlauerstraße, grünen Kranz, im Gewölbe.

Von einer auswärtigen Handlung, welche ihr Geschäft, in Folge eines bedeutenden

Lotterie-Gewinnes

niederzulegen beabsichtigt, ist mir eine Parthei wirklich ächte Eau de Cologne von Jean Marie Farina und Toilette-Seifen zum Verkauf übergeben worden, und bin dadurch in Stand gesetzt

für 12½ Sgr.

1 Flasche ächte Eau de Cologne und ½ Pfund Toilette-Seife zu verabreichen.

Eduard Groß,

am Neumarkt Nr. 38.

Verlegung der Glaser-Werkstätte.

Einem geehrten Publikum, besonders aber meinen respektiven Kunden, zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich meine Glaser-Werkstätte von der Dhlauer Straße nach der Neustadt, Breitestraße Nr. 8, verlegt habe, und bitte, mich auch dort mit Aufträgen gutigst beehren zu wollen.

Bewittwete Glasermeister Bischoff.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben,

Sonntag den 7. Januar, ladet ergebenst ein:

J. Seiffert, Dom im Großkreutzscham.

Gusseiserne Defen.

Ihre aufs Zweckmäßigste eingerichteten Heiz-, Koch- und Brat-Defen empfehlen zu billigen Preisen: E. Zippel u. Comp., am Hintermarkte im Hause des Hrn. Banquier Goldschmidt.

Großes Konzert,

Sonntag den 7. Januar. Um 6 Uhr großes Potpourri; hierzu ladet ein: Menzel, vom dem Sandthor.

Von heute ab verlege ich meinen Verkauf selbstverfertigter Schnürmieder von hier, Dhlauerstraße Nr. 4, auf die Albrechtsstraße Nr. 46, par terre.

W. Peters.

Hauslehrer.

Ein musikalischer Kandidat der Theologie, welcher bereits längere Zeit als Hauslehrer gewirkt, wünscht seine gegenwärtige Stellung gegen eine andere in Schlesien oder dem Großherzogthum Posen aufzugeben. Darauf Reflectirende wollen ihre Adresse unter der Chiffre „E. S. 7. Löwenberg“ portofrei einreichen, und sodann die Zusendung der Empfehlungen gewärtigen.

Zwei Thaler Belohnung!

Demjenigen, welcher ein, in der Neujahrsnacht verlorenes schwarzvolles Umschlagetuch, mit eingewirktem buntem Muster, Neumarkt Nr. 12, eine Treppe hoch, abgibt.

Sehr schöne, süße, große ungarische gebackene Pflaumen empfiehlt das Pfd. à 2½ Sgr., die 20 Pfd. à 45 Sgr.

Julius Neugebauer,

Schweidnitzerstr. Nr. 35, zum rothen Krebs.

Frische große

Holsteiner Present-Mustern

empfang mit heutiger Post:

Carl Wyssanowski.

Perl-Sago,

weißen und braunen, hat abzulassen:

Julius Neugebauer.

Frische Span. Weintrauben,

Spanische Trauben-Rosinen empfing wiederum und offerirt:

L. H. Gumperg,

Blücherplatz Nr. 12.

Cand. ostind. Ingber

empfang in vorzüglicher Güte und empfiehlt:

Carl Straka,

Albrechtsstr. Nr. 39, d. R. Bank gegenüber.

Ein Haus, in einer der belebtesten Straßen der Stadt, ist ohne Einmischung eines Dritten bald zu verkaufen. Das Nähere Neue Taschenstraße Nr. 6, beim Wirth.

Eine Stube ohne Möbel ist zu Oftern für einen oder zwei Herren zu vermieten Schuhbrücke 68.

Goldeneradegasse Nr. 2

ist die erste Etage, bestehend aus 6 heizbaren Piecen, zu vermieten und Oftern zu beziehen. Das Nähere beim Wirth ebendasselbst zu erfahren.

Vermietungs-Anzeige.

Die erste Etage von 3 Stuben, Cabinet, Entree u., in Nr. 46, Altbüßer-Straße, ist von Oftern oder Johanni d. J. ab zu vermieten. Das Nähere beim Commissionär Hertel, Neustadtstraße Nr. 37.

Zwei Stuben im 1. Stock,

nebst Beigelaß, im neu erbauten Hinterhause, nahe an der Schweidnitzer-Straße, Hummeri Nr. 3, sind zu Oftern an eine stille Familie zu vermieten.

Eine Wohnung

von vier Stuben nebst Beigelaß ist Termino Oftern, Breitestraße Nr. 29, zu vermieten.

Zwei Wohnungen,

Neue Schweidnitzer Straße Nr. 4 b., sind zu vermieten und Oftern c. zu beziehen:

- 1) im ersten Stock, bestehend aus 7 Stuben, Küche, Stallung für 2 Pferde und Wagenremise;
- 2) im zweiten Stock, bestehend aus 7 Stuben und Küche.

Auskunft hierüber ertheilt der Haushälter.

Für Herren ist Mauritius-Platz Nr. 6 eine Parterre-Wohnung mit und ohne Meubles zu vermieten und sogleich zu beziehen.

Retour-Reise-Gelegenheit nach Berlin: Neustadtstraße im Rothen Hause.

Tauernzienstr. Nr. 31 b., zum Kometen, sind noch einige Wohnungen von verschiedener Größe, auf Termin Oftern zu vermieten und auf Verlangen auch schon eher zu beziehen. — Näheres ebendasselbst beim Eigenthümer.

Eine Bäckerei

ist in der Gartenstraße Nr. 34, in dem neuen Hause zu vermieten und Oftern zu beziehen. Auch ist daselbst eine Wohnung zu 50 und eine dergleichen zu 24 Rthl. zu vermieten vom Eigenthümer.

Zu vermieten und bald zu beziehen, Ring Nr. 35, grüne Köhrseite, ein trockener Keller, der sich auch zum Verkaufsort eignet, das Nähere im 3. Stock, bei der Wirthin. Auch ist daselbst eine Stube, vorn heraus, an einen ruhigen Herrn zu vermieten.

Ein anständiger, ruhiger, prompt zahlender Miether wünscht zu Termin Oftern ein Zimmer und Alkove, oder zwei kleine Zimmer ohne Meubles, nebst Küche und Zubehör, nicht allzuweit vom Mittelpunkt der Stadt entfernt, zu mieten. Adressen werden erbeten Ring Nr. 49, drei Treppen.

Eine Stube nebst Kabinet und lichter Küche, im Hinter-Gebäude, ist Dhlauer-Str. Nr. 21 zu Oftern zu vermieten.

Kirchstraße Nr. 22, im ersten Stock vorn heraus, ist eine freundliche, meublirte Stube zu vermieten und bald zu beziehen.

Zu vermieten

ist Kupferschmiede-Straße Nr. 16 eine kleine Wohnung, wie auch ein Keller. Das Nähere daselbst 3 Stiegen.

Acht große herrschaftliche Wohnungen mit und ohne Stallung und Wagenremise sind in einem neuen Hause auf der neuen Schweidnitzer Straße jetzt bald oder zu Oftern zu vermieten. Das Nähere ist in der Kanzlei des Justiz-Commissionärs Fischer, Ring Nr. 20, zu erfragen.

Eine Wohnung

von 6 Zimmern, mit oder auch ohne Stallung, ist in Nr. 76, nahe am Königsplatz, 2 Treppen hoch, zu vermieten und Oftern zu beziehen.

Ring Nr. 19

ist der dritte Stock im Seitengebäude von 3 Stuben nebst Zubehör zu vermieten und Oftern zu beziehen.

In Nr. 1 an der grünen Baumbrücke ist im zweiten Stock eine Wohnung von 3 Stuben und im dritten Stock eine Wohnung von 3 Stuben und einem Kabinet zu vermieten.

Wohnungs-Anzeige.

Kurze Gasse Nr. 14 b. (Nicolai-Vorstadt) sind zu Oftern d. J. zwei Wohnungen zu vier Stuben und Alkoven, so wie eine Wohnung zu drei Stuben nebst allem erforderlichen Zubehör und zu jeder Wohnung einen besondern Garten, zu vermieten und das Nähere darüber im ersten Stock daselbst zu erfragen.

Ring Nr. 40 (grüne Köhrseite)

ist das Gewölbe mit großem Comtoir, Remise und Keller, nebst der zweiten Etage, sowohl im Ganzen als auch im Einzelnen zu vermieten und zum 3. Januar 1845 zu beziehen. Das Nähere daselbst in der dritten Etage.

Kupferschmiede-Straße Nr. 34 ist eine Feuerwerkstätte nebst Wohnung zu vermieten und auf Oftern zu beziehen, welche sich für einen Gürtler, Gelbgießer u. s. w. eignet. Näheres beim Wirth.

Wohnungs-Anzeige.

Am Stadtgraben Nr. 5, zur Eiche, ist im ersten Stock eine Wohnung, dazu Stallung auf 4 Pferde, Wagenremise nebst geräumigem Futterboden, Keller u., zu vermieten und zu Oftern zu beziehen.

